Einzelnummer 3000 Mk.

Danziger Volksstimme

Bezugspreis: Durch die Post u. Austräg. 60000 M. In Pommerellen 25000 M poln. Anzeigen: Die 8-gespalt. Zeile 10000 M, auswärts 12000 M. Die Reklamezeile 36000 M, auswärts 40000 M. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 183 — Mittwoch, den 8. August 1923 — 14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus Nr. 6. Postscheckkonto: Danzig 2946. Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290.

Die Schicksalsstunde Deutschlands.

Die Rettung vor dem Zusammenbruch.

Der neue, in diesen Ausmaßen bisher unerreichte Fall der deutschen Mark ist erst heute in der Kurve zwischen 4 und 5 Millionen etwas zum Stillstand gekommen. In zwei Tagen hat sich die Mark erneut um das Vierfache entwertet. Was das für das Wirtschaftsleben Deutschlands bedeutet, läßt sich heute noch nicht absehen. Die Auswirkungen müssen geradezu vernichtend sein. Die lohnarbeitende Bevölkerung wird am allerschwersten getroffen werden, wenn nicht schleunigst durchgreifende Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Das Schmalz stieg gestern bereits auf 650 000 Mark. Keine Arbeiterfamilie wird imstande sein, mit den Papiermarklöhnen den notwendigen Lebensbedarf zu decken. Dazu wird der neue Sturz der Mark eine weitere Verschärfung der Zahlungsmittelnot mit sich bringen. Bereits bei einem Dollarstande von einer Million konnte ein Massenaufgebot von Druckmaschinen den erforderlichen Zahlungsmittelbedarf nicht schaffen. Wenn nicht zu außerordentlichen Mitteln gegriffen wird, muß es für jeden klar sein, daß, wenn eine Million Papiermark noch den Wert einer Mark haben, die Beschaffung der notwendigen Betriebsmittel zur Unmöglichkeit wird. Was aber soll werden, wenn zu der exorbitanten Teuerung noch die Auszahlung der Löhne stockt?

Aus dieser fürchterlichen Situation gibt es nur den einen Ausweg: sofortige Umstellung des gesamten Zahlungsverkehrs auf Goldmark. Anscheinend ist auch die Reichsregierung jetzt dazu entschlossen. Es handelt sich bei ihren Plänen nicht um die Schaffung eines neuen Zahlungsmittels, sondern nur um die Verrechnung nach der Goldmark. In erster Linie sollen die Steuern und die Kredite darauf aufgebaut werden. Auch die Tarife der Post und Eisenbahn will man wertbeständig machen, um das Defizit des Reichshaushalts, als größte Ursache der Inflation, herabzudrücken.

Am wichtigsten und notwendigsten ist jedoch die sofortige Einführung wertbeständiger Löhne und Gehälter. Die Lohnverhandlungen auf Grund des Teuerungsindex sind durch diese rasende Geldentwertung vollkommen unzulänglich. So hat das Danziger statistische Amt am Montag eine Verteuerung von sage und schreibe 66,4 Prozent gegenüber der Vorwoche festgestellt. Dabei sind allein Schmalz, Margarine und Mehl in knapp 48 Stunden um das 3- bis 4fache teurer geworden. Wenn es selbst einigen Berufen gelingen sollte, heute eine Verdoppelung der Löhne zu erreichen, so weiß noch niemand, ob die Arbeiter am Tage der Auszahlung nicht auch damit vollkommen vor dem nichts stehen werden. Die Preise werden überall nach der Goldmark berechnet und die Papiermarklöhne laufen den Arbeitern unter den Händen weg. Die Einführung von Valuta-Löhnen ist heute die einzige Rettung. Kommt diese Regelung nicht bald, so muß die Verzweiflung der Bevölkerung Formen annehmen, die weder dem Staate noch dem Unternehmertum zuträglich sein können. Die Unternehmer, die in der Preisberechnung fast durchgängig nur noch nach der Goldmark rechnen, müssen endlich soviel Vernunft aufbringen, daß die arbeitende Bevölkerung nicht länger der Hauptleidtragende dieser katastrophalen Entwicklung sein kann. Sollen Verzweiflungsausbrüche verhindert werden, dann

muß sofort gehandelt werden.

Das Reichstag hat das Wort.

Der deutsche Reichstag, der heute zusammentritt, findet eine Situation, wie sie sich trostloser nicht denken läßt. Außenpolitisch ist die von der Regierung Cuno lange genährte Hoffnung auf das Eingreifen Englands zu Bruch gegangen. Innenpolitisch ist durch das Anwachsen der Markkatastrophe eine Erbitterung geschaffen, die in jede einzelne Familie hineinreicht und die Gefahr der Entladung stündlich heraufbeschwört. Es ist allgemeine Erkenntnis des deutschen Volkes, daß diese Situation zum großen Teil durch die zahllosen Unterlassungssünden der Regierung Cuno und der bürgerlichen Parteien geschaffen worden ist. Ohne den schärfsten Eingriff in den Besitz, ohne die rücksichtsloseste Abdrosselung der Geschenkpolitik der Reichsbank, ohne die Heranziehung der Sachwerte von Industrie, Handel und Landwirtschaft zur Sicherung der Goldanleihe, ohne die Beschlagnahme der Devisenbestände der Wirtschaft zur Senkung der ausländischen Wechselkurse gibt es keine Rettung. Gehenlassen bedeutet nicht nur wirtschaftliches und politisches Chaos innerhalb Deutschlands, sondern das Ende des deutschen Reiches, den Bürgerkrieg mit seinen Schrecken für den Einzelnen und für die Gesamtheit.

Das von der Regierung aufgestellte Sanierungsprogramm ist vollkommen ungeeignet. Wenn auch unter den jetzigen Verhältnissen der Regierungswechsel noch aufgeschoben ist, so fällt mit den Beschlüssen des Reichstages, insbesondere über die Einführung des wertbeständigen Zahlungsverkehrs und damit auch der Löhne und Gehälter, die Entscheidung. Für die Sozialdemokratie ist durch den Beschluß der Reichstagsfraktion die klare Haltung gegeben. Darin ist ausgesprochen, daß die Fraktion ihre weitere Stellung abhängig machen will von der Erfüllung ihres Finanz- und Währungsprogramms. Alles kommt jetzt darauf an, mit Mut, Entschlossenheit und Tatkraft das Chaos verhindern zu suchen. Wiederum wie in so vielen früheren Situationen hat die Sozialdemokratie mit ihren Forderungen den Weg dazu gewiesen. Regierung und bürgerliche Parteien müssen sich nun entscheiden. Es gibt nur zwei Wege. Entweder für die Forderung der Sozialdemokratie einzutreten oder durch Verneinung des Programms Deutschland in den Abgrund zu stürzen.

Die Hoffnungen der Regierung.

Ein Berliner Abendblatt brachte gestern die Meldung, daß sich die Reichsregierung entschlossen habe, die Papiermark endgültig preiszugeben. Es wurde behauptet, daß die Reichsregierung alle diejenigen Notmaßnahmen, die zur Stützung der Mark erlassen worden sind, aufgeben und durch die wertbeständige Anleihe nicht nur ein Anlage-, sondern auch ein Zahlungsmittel schaffen wolle. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker hat auf Anfrage erklärt, daß die Reichsregierung in keiner Weise daran denke, die Papiermark preiszugeben. Sie sei im Gegenteil fest entschlossen, alles, was in ihren Kräften stehe, zur Stützung der Mark zu tun und denke nicht daran, die bisherigen Maßnahmen zur Markstützung außer Kraft zu setzen. Gerade das Programm der allgemeinen Valorisierung, die Schaffung einer wertbeständigen in Papiermark einzahlbaren Anleihe, die Errichtung von Goldkonten, die Erhebung wertbeständiger Steuern, die Einführung von Goldkrediten werden dazu beitragen, die Reichsmark als Zahlungsmittel zu erhalten, da es dann den berechtigten Wünschen weitester Bevölkerungskreise nach einem beständigen Werte nachkomme, dadurch den Devisenmarkt entlaste und schließlich wieder Ehrlichkeit in die deutsche Wirtschaft bringe.

Schluß mit der Inflation.

Gestern fand beim Reichskanzler eine Besprechung mit den Vorsitzenden der Fraktionen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, der vereinigten sozialdemokratischen Partei und der Deutschnationalen Volkspartei statt. Alle Anwesenden waren sich darüber einig, daß im Mittelpunkt der Probleme die Aufgabe stünde, der weiteren Inflation unter allen Umständen Einhalt zu gebieten. Die Vorschläge der Reichsregierung zur Erreichung dieses Zieles durch eine energische Steuerpolitik in Verbindung mit einer großen inneren wertbeständigen Anleihe fanden grundsätzliche Zustimmung. Volle Uebereinstimmung herrschte auch darüber, daß die hierzu erforderlichen Gesetze mit großer Beschleunigung zu verabschieden seien, um die rascheste Erhebung wirksamer Steuern sowie die notwendigen Garantien für die aufzulegende Goldanleihe sicherzustellen.

Verzweiflungsakte.

In Homburg von der Höhe kam es zu schweren Ausschreitungen der Notstandsarbeiter und Erwerbslosen. Um eine Teuerungszulage zu erzwingen, versuchten sie in das Rathaus einzudringen und die dort befindliche Hauptkasse zu stürmen. Polizei trieb die Menge mit der blanken Waffe auseinander. Mehrere Personen wurden verletzt.

Auch in Chemnitz kam es gestern zu Ruhestörungen. Eine tausendköpfige Menge erzwang in einer Niederlage den Verkauf von 175 Zentnern Margarine zum Preise von 80 000 Mark das Pfund. Die Polizei, die eingreifen wollte, war der Menge gegenüber machtlos.

Frankreich und die Goldanleihe.

Die französische Regierung scheint gegen die neue deutsche wertbeständige Anleihe einen ähnlichen Schachzug zu versuchen wie gegen die Dollaranleihe im März dieses Jahres. So wirft der „Temps“ in einem Artikel, in dem er sich über die geplante Goldanleihe verbreitet, die Frage auf, ob „ein so großzügiger Plan zur Ausführung gelangen dürfe, ohne daß die Reparationskommission ihre Zustimmung gegeben habe“.

Seinerzeit gelang es der französischen Regierung mit der Mobilisation der Reparationskommission den Erfolg der Dollaranleihe zu schmälern, da befürchtet wurde, daß der Ertrag der Anleihe für die Alliierten beschlagnahmt würde. Doch hat die Rechtsabteilung der Reparationskommission sich schon damals in ihrer Mehrheit den französischen Standpunkt nicht zu eigen gemacht. Insbesondere kann aus dem Beschluß der Rechtsabteilung auch nicht gefolgert werden, daß die Zustimmung der Reparationskommission zur Ausgabe einer deutschen Anleihe erforderlich sei. Aus diesem Grunde kann dem neuen französischen Schachzug keine Bedeutung zuerkannt werden.

Die neue Note.

Reuter meldet aus London: Die Antwort der englischen Regierung in der Ruhrfrage und der Frage der Reparationen wird Frankreich möglicherweise am Mittwoch übermittelt werden. Das Auswärtige Amt soll den Entwurf für die Note, die auch an Belgien und Italien gehen soll, bereits fertiggestellt haben. Es verlautet, daß die englische Regierung die Veröffentlichung der Reparationsschriftstücke vielleicht bis Anfang nächster Woche verschieben wird, um die Wirkung der neuen Note abzuwarten.

Zu den Gerüchten über ein Zusammentreffen englischer Minister mit Poincaré wird jetzt mitgeteilt, daß sich Außenminister Curzon am Montag nach Bagnoles de l'Orne begeben wird. Halbamtlich wird jedoch hierzu mitgeteilt, daß Lord Curzon keine offiziellen Besprechungen mit irgendwelchen französischen Staatsmännern abhalten wird. Von anderer Seite wird gemeldet, daß in politischen Kreisen versichert wird, Lord Curzon habe zur Lösung der Reparationskrisis einen neuen Plan ausgearbeitet, der auf einem Entgegenkommen Englands in der Frage der interalliierten Schulden beruhe. Gerüchtweise verlautet, England werde sich bereiterklären, von den deutschen Schuldverschreibungen in Höhe von 82 Milliarden Dreiviertel zum Ausgleich der französischen und belgischen Schulden an England anzunehmen. Der Rest von 21 Milliarden soll zur Rückzahlung der englischen Schulden an Amerika und zur Tilgung der serbischen, italienischen, griechischen, sowie der Ansprüche der kleinern Staaten Verwendung finden. So ganz optimistisch steht man anscheinend in Paris diesem englischen Plan noch nicht gegenüber. Man halte hier vorläufig noch daran fest, daß nur die Niederwerfung des passiven Widerstandes den gewünschten Erfolg bringen könne.

Die japanische Antwort auf den britischen Antwortentwurf an Deutschland und auf die Mantelnote soll durch den japanischen Botschafter in London übermittelt worden sein. Die Antwort zeige, daß die japanische Regierung mit Großbritannien in der Reparationsfrage im wesentlichen übereinstimmt.

Neue Kommunistenverhaftungen in Warschau.

Im Sejm erklärte Minister Kierutt unter großem Lärm der äußersten Linken, daß es dem Staat gelungen sei, durch Verhaftung zahlreicher Kommunisten den Versuch großer Bombenattentate gegen die Regierung zu verhindern. Es seien vom 1. bis 4. August 10 Personen verhaftet worden, darunter zwei polnische Offiziere aus Krakau und Warschau. Man habe mehrere Bomben gefunden, mit denen einige große Eisenbahnbrücken gesprengt werden sollten.

Bayern und der Verfassungstag.

Getreu ihren Gepflogenheiten wird die bayerische Regierung auch in diesem Jahre den 11. August, den Tag der Verfassungsfeier, nicht nur wieder vollständig ignorieren, sondern sie geht sogar einen Schritt weiter und erschwert denjenigen, die am 11. August ein Bekenntnis für die einheitliche, unteilbare deutsche Republik ablegen wollen, die Ausübung dieser selbstverständlichen staatsbürgerlichen Pflicht. Der Sozialdemokratische Verein Münchens, die Gewerkschaften und der Republikanische Reichsbund hatten an das bayerische Ministerium des Innern eine Eingabe gerichtet mit dem Ersuchen um Ueberlassung des Königsplatzes zur Abhaltung der Verfassungsfeier. Darauf ist in lakonischer Kürze der Bescheid ergangen, daß der Platz zur Abhaltung der Verfassungsfeier aus grundsätzlichen Erwägungen nicht überlassen werden kann. Abgesehen von der geradezu provozierenden Kürze dieser Antwort ist vor allem ihr sachlicher Inhalt eine Provokation der republikanischen Bevölkerung Münchens. Vor kurzem hat die Regierung Held bekanntgegeben, daß der Königs-Platz nur noch für „vaterländische Feiern“ zur Verfügung gestellt werde. Die erste, unter diese Bestimmung fallende Veranstaltung war die von den vaterländischen Kampfverbänden abgehaltene Feier für Schlageter. Dazu wurde selbstverständlich die Genehmigung erteilt. Durch die Genehmigung dieser Veranstaltung und durch das Verbot der Verfassungsfeier auf dem Königs-Platz hat die bayerische Regierung also klar zu erkennen gegeben, was sie unter dem Begriff „vaterländisch“ versteht.

Die Einzahlung der Dollaranleihe. Auf die Dollaranleihe des Reiches wollen Industrie, Handel und Banken nunmehr der Reichsbank gegen Dollarschatzanweisungen 30 Millionen Goldmark in Devisen zur Verfügung stellen. Die Verhandlungen sind heute bis auf einzelne Gruppen, deren Beteiligung in den nächsten Tagen abgeschlossen wird, zu Ende geführt worden. Damit ist die aufgelegte Dollarschatzanleihe untergebracht. Die Devisen werden in der Hauptsache der Beschaffung notwendiger Lebensmittel, insbesondere Getreide, dienen.

Der französische Geiselkrieg.

Schon der äußere Hergang der rechtswidrigen Ruhrbesetzung bewies, daß die Franzosen auf gewaltsamen Widerstand rechneten. Sie fanden nur passiven Widerstand, und erst, als sie darauf mit Verfolgungen und immer ärgeren Quälereien antworteten, kam es zu einzelnen Aktionen tätlichen Widerstandes, die jedoch von der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes im besetzten Gebiet wie im unbesetzten Deutschland scharf verurteilt werden.

Wie wenn Krieg wäre, haben die Franzosen und Belgier auf jeden Sabotageakt mit der Festnahme von Geiseln geantwortet, und sie haben das Kriegsmäßige dieses Vorgehens noch dadurch verschärft, daß diesen Geiseln vielfach die Rechte politischer Gefangener versagt und sie gleich schwerverurteilten Strafgefangenen behandelt wurden. Schändliche Mißhandlungen haben dabei nicht gefehlt. So hat man den als Geisel wegen des Sprengattentats auf der Hochfelder Brücke festgenommenen städtischen Beigeordneten Welß, weil er vor Kenntnisnahme der Hausordnung auf den Schemel gestiegen war, geschlagen und eine Stunde stehen lassen, obwohl es sich um einen Beinamputierten handelt!

Ueber allen Ruhrzwang hinaus jedoch gehen die Geiselverhaftungen zur Erzwingung der Straffreiheit von Verbrechern französischer Herkunft selbst im unbesetzten Deutschland! Es sind bei deutschen Gerichten zurzeit die Franzosen Bergasse und Aubert unter der Beschuldigung gemeiner Verbrechen in Untersuchung, der eine von den beiden sogar wegen Sittlichkeitsverbrechen an Personen im strafrechtlich geschützten Alter. Um die Freilassung dieser beiden Leute zu erzwingen, haben die Franzosen gedroht, jeden Tag bis zur Freilassung einen Deutschen im besetzten Gebiet festzunehmen.

Es ist nicht bekannt, ob diese infame Drohung ausgeführt worden ist; fest steht dagegen, daß in einem dritten Fall acht Geiseln festgenommen wurden. Die Belgier drohten sogar an, zur Sicherung eines Truppentransportes 20 Bürger einer Stadt zu verhaften.

Die deutsche Regierung hatte gegen dieses völkerrechtswidrige Verfahren in Paris unverzüglich Verwahrung eingelegt. Die Verhandlungen mit der französischen Regierung haben nunmehr zur Freilassung der deutschen Geiseln geführt. Wenn es auch trotz aller Bemühungen bisher nicht gelungen ist, sämtliche in diesem Zusammenhang von den Franzosen festgesetzten Geiseln namentlich zu ermitteln, so erscheint der deutschen Regierung doch die Annahme gerechtfertigt, daß nunmehr keine Deutschen mehr zur Vergeltung für die Verhaftung von Franzosen festgehalten werden.

Unter Streufeuer.

Da vom rechten Lippeufer aus auf einen belgischen Posten Schüsse abgegeben worden sein sollen, hat der belgische General den Düsseldorfer Polizeipräsidenten um eine strenge Untersuchung ersucht. In seinem Schreiben heißt es nach Blättermeldungen am Schluß: Ich ersuche Sie, der unter Ihrer Verwaltung stehenden Bevölkerung nördlich der Lippe zur Kenntnis zu bringen, daß im Falle der Wiederholung solcher Vorfälle Maschinengewehre in Tätigkeit gesetzt werden und irgendein bewohnter Ort, der mehr oder weniger in der Nähe der Stelle liegt, von der aus die Schüsse abgegeben sind, unter Streufeuer genommen wird.

Tartaren-Nachrichten.

Nach Meldungen bürgerlicher Blätter sind in Altlöbau und Niederoderwitz „wiederum schwerste Gewalttaten" gegen Landwirte begangen worden. In Niederoderwitz hatte die gesamte Arbeiterschaft gegen die unerhörten Rohheiten eines reichen Bauern demonstriert. Dieser Bauer hatte ein neunjähriges ährenlesendes Kind mit zusammengebundenen Händen und unter dauernden Schlägen in sein Haus geschleppt, dort an ein Tischbein gefesselt und zu zwingen gesucht, die Namen der anderen ährenlesender Kinder zu erfahren. Die „schwersten Gewalttaten" der Arbeiterschaft bestanden nun darin, daß sie den Bauer, dessen Frau und noch zwei andere Landwirte, die sich in ähnlicher Weise als Menschenschinder betätigt hatten, auf einem Breiterwagen durchs Dorf gefahren, wobei sie ein Schild in der Hand halten mußten mit der Aufschrift: „Ich bin ein Menschenschinder, ich prügle arme Kinder! Darum bin ich ein Lump!"

In Altlöbau soll sich nach der bürgerlichen Presse eine Menschenmenge des Gehöftes des Gärtnereibesitzers Fröhlich in dessen Abwesenheit bemächtigt, dort Gewalttaten verübt und Angehörige Fröhlichs mißhandelt und verschleppt haben. Gesuche um polizeilichen Schutz und Säuberung des Gehöftes von den Eindringlingen sollen abgelehnt worden sein, so daß Fröhlich an den Reichskommissar für öffentliche Sicherheit in Berlin drahtete und ihn um Schutz bat. Dieser Vorfall war die Folge eines falschen Gerüchtes, nachdem die Wächter auf dem Fröhlichschen Grundstück einen Arbeiter angeschossen haben sollten, weil sie ihn im Verdacht hatten, daß der Arbeiter Blumenkohl stehlen wollte. Diese Vorgänge wurden von der bürgerlichen Presse unter sensationellen Ueberschriften wie „Wild-West in Altlöbau" gebracht, wobei behauptet wurde, der angebliche Dieb habe auf die Wächter mit dem Messer eingestochen, in der Behausung Fröhlichs sei in dessen Abwesenheit alles erbrochen, das gefundene Geld wahllos umhergestreut worden, wobei die Frau mehrmals in Ohnmacht gefallen sei. Auf dem Bahnhof seien Posten aufgestellt worden, um Fröhlich bei seiner Heimkehr abzufassen.

Wie nunmehr einwandfrei festgestellt worden ist, sind alle diese Behauptungen positiv unwahr. Es ist auf niemand eingestochen, nichts erbrochen oder beschädigt worden, niemand in Ohnmacht gefallen, Fröhlich ist bei seiner Rückkehr ganz unbehelligt geblieben. Die beiden bürgerlichen Rechtsparteien haben natürlich sofort eine Anfrage über diese „unglaublichen Vorfälle" im sächsischen Landtag eingereicht. Unglaublich ist aber auch hier wieder nur die Unverschämtheit, mit der harmlose Vorfälle verdreht, verzerrt und aufgebauscht werden.

Einschränkung des Eisenbahnverkehrs.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Notwendigkeit, in der nächsten Zeit alle Kräfte der Eisenbahn für die Beförderung der lebenswichtigen Güter, besonders der Ernte, einzusetzen, wird zu Einschränkungen des Personenverkehrs führen müssen. Der Reichsverkehrsminister hat daher die Führung der Sonderzüge zu ermäßigten Preisen grundsätzlich untersagt. Weitere Einschränkungen werden nach Maßgabe der Verkehrslage folgen. Die Bemühungen des Reichsverkehrsministers können unterstützt und es können lästigere Maßnahmen verhütet werden, wenn sich in der Oeffentlichkeit der Gedanke durchringt, daß die Zeit nicht dazu angetan ist, Feste zu feiern und Luxusfahrten zu unternehmen. Auch Versammlungen zu wissenschaftlichen und ähnlichen Zwecken sollten auf bessere Zeiten verschoben werden.

Englische Parlamentarier in Lettland. Das Präsidium des lettländischen Landtages hat, wie die Presse berichtet, die Mitteilung erhalten, daß am 8. August Vertreter des englischen Parlaments in Riga eintreffen werden, um persönliche Beziehungen zu den Mitgliedern des Landtages anzuknüpfen und sich über die Verhältnisse Lettlands zu unterrichten.

Zur Vernunft gemahnt werden die Berliner Kleinhändler von ihrem Schutzverband der Detaillisten und Gewerbetreibenden. Dieser wendet sich in einem Rundschreiben gegen die Schließung der Ladengeschäfte am Donnerstag und mahnt angesichts der gespannten innen- und außenpolitischen Lage und angesichts des Kampfes an Rhein und Ruhr von der unsinnigen Demonstration abzusehen und die Geschäfte offenzuhalten. In Leipzig hatten die Einzelhändler dagegen gestern zum Protest gegen die Preisschilderverordnung sämtliche Auslagen aus den Schaufenstern genommen.

Aufbesserung der Unfallrenten. Die Unfallrenten unter 33⅓ v. H. der Vollrenten sind bisher nicht durch Zulagen aufgebessert worden. Infolge der Geldentwertung sind daher diese Renten teilweise so gering, daß sich die Abhebung nicht lohnt. Zurzeit wird im Reiche der Entwurf eines Gesetzes vorbereitet, das die Ansprüche auch der Empfänger von kleinen Renten neu regeln soll.

Streik-Ende in der deutschen Hochseefischerei. Der über 10 Wochen dauernde Streik in der deutschen Hochseefischerei, durch den sämtliche deutsche Fischereidampfer still lagen und die Seefischversorgung zum Erliegen gekommen war, ist jetzt durch erneute Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium zum Abschluß gekommen. Die Arbeit wird voraussichtlich am Donnerstag wieder aufgenommen.

Die streikenden Angestellten in der Berliner Metallindustrie haben in einer Funktionärversammlung gestern das im Reichsarbeitsministerium zustandegekommene Gehaltsabkommen angenommen und an die Angestellten die Anweisung gegeben, in allen bestreikten Betrieben spätestens am Donnerstag früh die Arbeit wieder aufzunehmen.

Im Streik der Hamburger Kaiarbeiter ist nach einer Mitteilung der staatlichen Pressestelle der Schiedsspruch der Bezirksschiedsstelle mit 2566 gegen 1489 Stimmen angenommen. Der Streik im Hafen ist beendet. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen.

Wirtschaft, Handel und Schiffahrt.

Die Schlüsselzahl im Buchhandel ist vom 6. August auf 80 000 erhöht.

Nur noch wertbeständige Kredite der Privatbanken. Auf Anraten der Großbanken hat sich die Reichsbank bisher gegen die Einführung wertbeständiger Kredite gesträubt und erst in allerletzter Zeit einen tastenden Versuch durch die Einführung wertbeständiger Bankkredite angekündigt. Um so mehr muß man erstaunt sein, jetzt zu hören, daß die Geldknappheit die Privatbanken dazu veranlaßt hat, ihrerseits nur noch Kredite auf wertbeständiger Grundlage abzugeben. Man will entsprechend der Steigerung der Warenpreise, die dem Kreditnehmer zugute kommen, die Geldentwertung bei der Rückzahlung der Kredite berücksichtigen. Man sieht, die Banken können so, sie können auch anders. Im Zentralausschuß der Reichsbank stimmt man gegen Diskonterhöhung, für sich selbst nimmt man Zinsen von 240 bis 360 Prozent. Der Gedanke wertbeständiger Anlagen und Kredite wird bekämpft, man selber aber findet sich selbst dazu bereit — immer, wie es gerade am besten mit dem Privatprofit zusammenstimmt.

Weitere Einschränkung der Holzausfuhr aus Polen. Der Sejmausschuß für Handel und Industrie hat den Entwurf einer dem Sejm demnächst vorzulegenden Entschließung angenommen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, weitere Maßnahmen zur Einschränkung der Holzausfuhr zu treffen. Die Ausfuhr von Brennholz soll vollständig unterbunden und die seit dem Juni d. J. eingeführte Erhebung von Ausfuhrabgaben für Nadelholz auch auf Laubholz ausgedehnt werden. Es wird ferner eine starke Erhöhung der Ausfuhrabgaben für Bauholz verlangt, und zwar sofort von 0,5 Schilling auf 2,5 Schilling pro Kubikmeter und um weitere je 0,25 Schilling in den nächsten Monaten bis zu einer Höhe von 8,5 Schilling. In einem gleichen Verhältnis sollen die Ausfuhrabgaben für Telegraphenpfosten, Grubenholz und Holz für die Papierproduktion erhöht werden.

Film-Rückschau.

1. Verschiedenes.

Trotz mancher Mängel ist **Dr. Mabuse** als Abenteurerfilm bis heute unerreicht. In der Verwertung von [illegible] Nebenhandlungen oder nur dekorativen Aufnahmen bleibt er vorbildlich. Thea von Harbou [illegible] das Format des verbrecherischen Doktors, machte ihn dem braven Heim und der Gartenlaube [illegible], erfand aber einige außerordentlich geglückte Szenen, wie den Raub des Geheimvertrages und den großen Börsencoup. Leider mißglückte der Schluß, er war gewissermaßen eine Konzession an die [illegible] Gerechtigkeitsforderung des Publikums. Der [illegible] Mabuse zwischen den [illegible] Dekorationen wirkte äußerst dekorativ, entsprach aber wenig der Romanfigur, die größer wirkt. Vor allem hatte der Film [illegible] Tempo, [illegible] Konzentrierung der Handlung, [illegible] im Rhythmus des [illegible] und des fiebernden [illegible].

Es ist nicht notwendig, daß Abenteuerfilms, die irgendwo in den Tropen spielen, [illegible] an Ort und Stelle aufgenommen werden. Hat man [illegible] Geld für eine [illegible] Reise ausgegeben, dann will man auch beweisen, daß man tatsächlich dagewesen ist und füllt zu diesem Zweck den Film mit einer Menge höchst überflüssiger Charakterszenen und Stadtansichten, die ihn ins Unendliche verdehnen, das Tempo [illegible], oder den [illegible] Verlauf [illegible], auf einem Minimum an Handlung [illegible]. Er ähnelt die Technik der [illegible]-Fabrikate. [illegible], daß die Interieurs immer Tempo wenig [illegible] und daß die Filme, in denen sie eine [illegible] [illegible], vorläufig [illegible]. „Die Frau mit den Millionen" [illegible] — [illegible] — eine [illegible] Uebersicht von einigen [illegible] und eine [illegible] Handlung. Keine Episoden mit Georg Alexander helfen [illegible] [illegible] zu verschieben.

Immerhin ist diese [illegible] noch ganz [illegible] verglichen mit den Brillanten des abenteuernden Friedrich Zelnik. Die sind kindlich. Zelnik war einmal ein guter Schauspieler, als er am Berliner Theater in [illegible] Intrigen machte; beim Film gab er seine [illegible] Eigenheiten auf und beschränkte sich nur auf erotische Gesichter und [illegible]. Dazu eine ganz [illegible] Handlung mit vielen [illegible]. Zelnik liebt die „[illegible]"-Methode. Es ist [illegible], was alles im richtigen [illegible]. Eine [illegible] Haltung von [illegible] dagegen, wenn Zelnik den [illegible] Robert Scholz im [illegible] Gehrock als Partner hat. Unglaublich, was Scholz alles nicht kann!

Das Gesellschaftsdrama und der Abenteuerfilm bedeuten überhaupt das Drama der Unbegabten. Jeder Film hat das gleiche Schema und dieselben Komplikationen. Die Schauspieler halten [illegible] durchschnittliches Niveau. Johannes Riemann [illegible] mit melancholischem Lächeln die Liebhaber, Charles Willy Kayser und Ernst Hofmann helfen ihm gewissenhaft. Erich Kaiser-Titz macht dazu ein interessantes Gesicht und versucht in elegant gebügeltem Frack gute Figur zu machen; die Damen bemühen sich damit, hübsch auszusehen und [illegible] Toiletten zu tragen, und alle zusammen denken angestrengt darüber nach, warum ihnen eigentlich nichts einfällt. Die Verleiher bringen immer wieder das [illegible] und [illegible] aus zwei Akten sehr heraus. Der größte Teil der gespielten Films besteht aus solchen Nummernhaufen. Stets das gleiche Bild!

„Schlagende Wetter", eine der Ausnahmen. Der Film hat wenig Text, ist [illegible] inszeniert und aufgebaut, [illegible] jede Nebenhandlung aus und vermeidet rein dekorative Aufnahmen. Ein ganz einfaches Geschehen aus dem Bergwerksleben [illegible] sich zwischen drei Menschen. Die Handlung ist [illegible] und vorzüglich komponiert. Dazu [illegible] gemachte Aufnahmen und hervorragende Schauspieler. [illegible], als Bergarbeiter [illegible], [illegible] für [illegible] Proletariermädchen, die sie mit [illegible] Ausdruck spielt, ohne Pose, überzeugend und einfach. Daneben Eugen Klöpfer, [illegible] der [illegible], die ihre Empfindsamkeit unter rauher Maske verbergen. „Der Wettermart" mit Albert Steinrück, [illegible] und Mady Christians ist durch [illegible] etwas in die Länge getrieben. Immerhin läuft die Handlung in [illegible] Tempo ab, [illegible] sich nicht in [illegible], [illegible] sich auf nur drei Personen. Weiter [illegible] „Das Phantom" und „Prinzessin Suwarin", beide durch gute Darsteller, aber den Durchschnitt [illegible]. Selbst ein [illegible] wie der Film „Die Tänzerin Navarro", der ein [illegible], wird durch die große Kunst Asta Nielsens erträglich gemacht.

Die Verfilmung des Wassermannschen Romans „[illegible]" leidet unter zu großer Länge. [illegible] wie im Roman [illegible] die Figur der [illegible] zum Tischler [illegible] im Mittelpunkt, aber der [illegible] des Romans [illegible], die [illegible] nicht [illegible]. [illegible] hat keine [illegible] für den ganzen Film [illegible]. Die [illegible] ist [illegible] Theater. [illegible] und der [illegible] Junker [illegible] Nebenhandlungen [illegible] architekturen spielen eine zu große Rolle, lenken das Interesse von der Haupthandlung ab.

Immerhin, die meisten Dramen könnten besser sein.

Felix Scherret.

Russische Bühnenexperimente.

(Zum Gastspiel des Moskauer Kammertheaters in Zoppot.)

Die Russen spielten gestern abend den alten Scribeschen Bühnenreißer „Adrienne Lecouvreur" und bewiesen damit, daß die von ihrem Meister betonte Trinität der Ausdrucksmöglichkeiten bei ihnen keineswegs in letzter Vollendung vorhanden ist. Selbstverständlich boten sie immer noch genug des Fesselnden, schon allein an Bildwirkung, an Reinheit und Grazie der Bewegungen, aber die „große Tragödie" der großen Pariser Schauspielerin, das Eifersuchtsdrama der Geliebten des Moritz von Sachsen, blieb aus. Es gab eine Reihe gut gestellter Szenen voll Luft, Bewegung und Bühnenwirksamkeit, doch jenes Ueberspringen des inneren Vorgangs auf den der russischen Sprache nicht Mächtigen, wie es z. B. die Künstler Stanislawskis in so unerreichter Weise vermochten, trat nicht ein. Tairoffs trotzdem hochkultivierte Truppe zeigt vielleicht gerade mit diesem Stück, das ihr wenig Gelegenheit bot, sich flächenhaft zu entfalten wie jüngst in Wildes „Salome" daß zwischen Artistik und Kunst im höherem Sinne unüberbrückbare Klüfte bestehen.

Das bewies auch das tags zuvor aufgeführte Mimodrama „Der Schleier der Pierette", neben den „Zwillingsschwestern" Lecocqs das Wertvollste, das diese Russen boten. Man bewundert die in Tanz aufgelöste Musik, den in Musik wieder aufgelösten Tanz dieser gliedersouveränen Frauen und Männer, denen auch nicht ein Takt, ein Ton verlorengeht, unausgedeutet bleibt; man ist aufs höchste entzückt von dem wahrhaft orgastischen Farbenrausch dieser Gewänder und man ahnt dabei, was Tairoff mit der Auflösung des statischen Raumes in den dynamischen bezweckte, weiß aber auch zugleich, je weiter man sich vom ersten Eindruck entfernt, was er erreicht hat, und daß dieses Erreichte nicht dem entspricht, was das Theater als „Kunst"-Stätte letzten Endes geben soll: Die Tiefe, die ganze Tiefe der Idee. Aeußere Dramatik, und mag sie noch so hohe Kultur haben, mit noch so raffinierten Mitteln arbeiten, bleibt darum doch ewig eine äußere Angelegenheit. Metrik des Körpers wird kaum den Weg zur Dynamik der Seele zeigen. So bleibt das Ganze letztlich mehr Bild, Augenlust, Sinnenlust. Darin freilich auf kaum dagewesener Höhe. Hinter dieser Höhe aber liegt die gähnende Tiefe. Weiter dagegen auf dem Wege der „Kunst" bringt uns die Tairoffsche Idee vom „entfesselten Theater" auch nicht einen einzigen Schritt. [illegible] zeigt sie Entwicklungsmöglichkeiten für die gegenwärtig total heruntergekommene Kleinkunstbühne. W. D.

Das unzulängliche Wohlfahrtsamt.

Annahme des sozialdemokratischen Antrages betr. Hilfsaktion für Notleidende. — Amtsmißbrauch einer deutschnationalen Stadtverordneten. — Die Ausgabe des Notgeldes beschlossen.

Nach mehrwöchiger Ferienpause nahm auch die Stadtverordnetenversammlung gestern wieder ihre Arbeiten auf. Eingangs der Sitzung wurden verschiedene Wahlen vorgenommen. Auf Vorschlag des Wahlvorbereitungsausschusses wurden gewählt: zum Waisenrat für die 20. Kommission Lehrer Semprich, Neufahrwasser; als stellv. Wohlfahrtskommissionsvorsteher und stellv. Waisenrat der 22. Kommission Frau Maria Bartel, Langfuhr; als Schiedsmann des 86./87. Stadtbezirks und stellv. Schiedsmann des 88./89. Bezirks der Kaufmann Alexy, Langfuhr; als Schiedsmann des 20., 21., 22. und 23. Stadtbezirks und als stellv. Schiedsmann für den 24./25. Bezirk Kaufmann Kurt Berner. An Stelle des Gen. Reek wurden die Gen. Kunze und Karschefski in verschiedene Ausschüsse delegiert.

Die Ausgabe des Notgeldes

führte zu einer längeren Aussprache. Freudig begrüßt wurde die Vorlage von keiner Seite. Stadtv. Gen. Rahn begründete eingehend die ablehnende Haltung der vereinigten sozialdemokratischen Fraktion. Nicht die Ausgabe ungedeckten Notgeldes, sondern die beschleunigte Einziehung der Steuern befreie die Stadt von der Finanzkalamität. Man solle deshalb für möglichst schnelle Verabschiedung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes eintreten. Infolge des letzten Marksturzes sei die Kaufkraft des Notgeldes gewaltig gesunken. Unzweckmäßig wegen der hohen Herstellungskosten sei die beabsichtigte Ausgabe von 50 000-Mark-Notgeldscheinen. Die Zahlungsmittelknappheit könne leicht durch Bankschecks behoben werden, wie mitteldeutsche Städte es ebenfalls mit gutem Erfolg getan hätten. Grundsätzlich müsse die Ausgabe von Notgeld abgelehnt werden, weil dadurch die Währungsreform behindert werde. Der Senat solle sich intensiver mit der Währungsfrage beschäftigen. Die Beschaffung des Währungskredits könne nicht allzu große Schwierigkeiten machen, denn den städtischen Betrieben sei es ohne große Anstrengungen gelungen, die Hälfte dieser Summe als Anleihe zu bekommen. Die Sozialdemokratie werde alles bekämpfen, was eine beschleunigte Einführung der Danziger Währung beeinträchtigen könnte und deshalb die Ausgabe neuen Notgeldes ablehnen.

Die Redner der bürgerlichen Fraktionen brachten zwar ebenfalls Bedenken zum Ausdruck, hatten aber grundsätzlich nichts gegen die Ausgabe des Notgeldes einzuwenden. Stadtv. Fuhlbrügge (D. P.) erklärte, daß die Ausführungen des Stadtv. Rahn berechtigt seien, aber das Notgeld werde zur Zahlung der Beamtengehälter gebraucht. Stadtv. Scheller (Dtnatl.) bemängelte, daß die Stadt Danzig die gesamte Garantie für das Notgeld übernehmen muß; der Freistaat könne ebenfalls zur Garantieleistung herangezogen werden. Finanzrat Winter erklärte, daß die Herstellung eines 50 000-Mark-Scheines etwa 4000 Mark kosten werde. Für den Millionenschein seien Entwürfe und Offerten eingefordert worden. Bei Verabschiedung der Notgeldvorlage würde noch in dieser Woche ein größerer Abschlag auf die rückständigen Gehälter gezahlt werden. Der Rest gelange in der nächsten Woche zur Auszahlung. Bezüglich der Auszahlung der fälligen Beamtenzulagen erklärte Redner, daß in Danzig die Auszahlung der Zulagen etwa 7 bis 11 Tage später erfolgt sei, wie im Deutschen Reiche. Stadtv. Brunzen (Dtnatl.) bezweifelte, daß sich die Notgeldscheine für den angegebenen Preis herstellen lassen. Weiter rügte er das Fehlen hochwertiger Steuermarken. Die ohnehin schwach beschäftigten Danziger Druckereien seien sehr gut in der Lage, solche Marken herzustellen. Schecks würden von der Bevölkerung nicht gern genommen. Den gleichen Standpunkt bezüglich der Ausgabe von Schecks vertrat auch der Stadtv. Scheller. Stadtv. Gen. Rahn wies jedoch nach, daß durch diesen bargeldlosen Verkehr die Geldknappheit behoben werden könne. Notgeldscheine könnten leichter gefälscht werden als Bankschecks. Der Zentrums-Stadtv. Fabian gab sich der trügerischen Hoffnung hin, daß durch Verhandlungen mit der polnischen Regierung erreicht werden kann, daß auch die Eisenbahn das Notgeld in Zahlung nimmt. Die Ausgabe des Notgeldes wurde schließlich von der bürgerlichen Mehrheit beschlossen.

Stiefkind Brösen.

Die schlechte Beschaffenheit der Wege und die mangelhafte Straßenbeleuchtung in Brösen führte alsdann zu einer kurzen Debatte. Stadtv. Gen. Zuchaschewski forderte, daß endlich auch die Helaer und die Nordstraße instand gesetzt werden. Die Helaer Straße müsse in gerader Linie durchgeführt werden. Scharf rügte Redner die unerhörten Verwüstungen, die anläßlich einer Feier im Kurhausgarten in Brösen angerichtet worden sind. Selbst Eisenpfähle seien abgesägt worden. Rosensträucher und sonstige Anpflanzungen sind rücksichtslos zerfahren worden, was bei einigem guten Willen zu vermeiden gewesen wäre. Starkes Befremden erregte auch die Mitteilung, daß der Seebäderausschuß erlaubt hat, die jungen Baumanpflanzungen auf der Westerplatte abzumähen. Für Instandsetzung der Westerplatte seien 7 Millionen Mark ausgegeben ohne nennenswerten Erfolg, was auf die Unfähigkeit der Seebäderverwaltung zurückzuführen ist. Ein Skandal sei es, daß man in Heubude die öffentliche Pumpe am Strande geschlossen habe und der Inhaber der Strandhalle das Wasser mit 500 Mk. pro Glas verkauft habe.

Der zuständige Senator Krause und die Mitglieder des Seebäderausschusses hatten zu diesen Feststellungen nichts zu sagen.

Die Pflasterung der Reststrecken der Weißhöfer und Augustastraße in Brösen und die Wiederherstellung des Ertelplatzes wurden alsdann beschlossen. Gegen die Uebernahme des Geländes auf dem Bischofsberg wurden Einwendungen nicht erhoben. In rascher Reihenfolge wurden alsdann die Schlacht- und Viehhofgebühren um 200 Prozent erhöht, dem Verein Kinderhort ein Zuschuß von 2,4 Millionen Mark bewilligt, der Erhöhung der Straßenbahntarife nachträglich zugestimmt und einer dringlichen Vorlage des Senats auf Erhöhung der Stand- und Kellergelder in der Markthalle und der Stadtgelder auf den Wochenmärkten zugestimmt.

Bis dahin hatte die Versammlung einen schiedlich-friedlichen Verlauf genommen. Die Beratung des sozialdemokratischen Antrages betr.

Hilfsmaßnahmen für die bedürftigen Bevölkerungskreise

führte jedoch stellenweise zu stürmischen Auseinandersetzungen, obwohl man sich von links bis rechts darüber einig war, daß der Not, insbesondere des kommenden Winters, unverzüglich entgegengetreten werden muß. Die sozialdemokratische Forderung ging u. a. dahin, daß die Belieferung der Hilfsbedürftigen bis zum 15. Oktober beendet sein müsse, eine Forderung, die nach den Erfahrungen des letzten Winters nur zu berechtigt ist. Trotzdem verlangte der bürgerliche Antrag die Streichung dieser Fristfestsetzung, auch sollte kein besonderer Ausschuß, sondern der Wohlfahrtsausschuß mit dieser Hilfsaktion betraut werden.

Stadtv. Gen. Gebauer betonte bei der Begründung des Antrages, daß die Versorgung der Hilfsbedürftigen im vergangenen Jahre Schiffbruch erlitten habe. Brennmaterial und Petroleum seien viel zu spät verteilt worden. Der sozialdemokratische Antrag sei gestellt worden, um eine rechtzeitige und ausreichende Versorgung der Hilfsbedürftigen zu erreichen. Mit 360 000 Mark monatlicher Rente könnten die alten Arbeitsinvaliden nicht viel anfangen. Die deutschnationale Stadtv. Fuhrmann bringe es jedoch fertig, von dieser Summe noch Parteibeitrag für die Deutschnationale Partei abzuziehen. Die Verteilung der Lebensmittel geschehe am besten gegen Bons durch die verschiedenen Konsumvereine. Um die Fürsorge für die Notleidenden möglichst zu beschleunigen, empfahl Redner die Schaffung einer besonderen Zentralstelle.

Stadtv. Rohde (D. P.) warnte vor Zersplitterung der Kräfte und sprach sich gegen die Bildung eines besonderen Ausschusses aus. Der Wohlfahrtsausschuß könne diese Arbeit noch mit übernehmen. Stadtv. Brunzen (Dtnatl.) war mit der Verteilung der Waren durch die Konsumvereine nicht einverstanden. Beachtenswert ist jedoch sein Vorschlag, an Stelle von Geld regelmäßig Lebensmittel zur Verteilung zu bringen.

Stadtv. Genossin Leu übte scharfe Kritik an der Untätigkeit des Wohlfahrtsamts. Sie verlangte Aufklärung, ob die Wirtschaftsabteilung des Wohlfahrtsamtes Vorratswirtschaft getrieben habe. Von den Wohlfahrtsämtern aller deutschen Städte sei das Danziger am wenigsten aktiv. Wohlfahrtsanstalten seien gezwungen, Zucker pfundweise zu Tagespreisen zu kaufen.

Ein Skandal.

Dann brach über die deutschnationale Stadtverordnete Fuhrmann ein Strafgericht herein. Unter Zustimmung der übergroßen Mehrheit des Hauses stellte Genossin Leu fest, daß es geradezu schändlich und ein Skandal sei, daß Frl. Fuhrmann ihr Amt als Armenkommissionsmitglied zur Agitation für die Deutschnationale Partei mißbrauche. Nur wer an dem deutschnationalen Kaffeeklatsch teilnehme, erhalte Unterstützungen. Für die Kennzeichnung eines derartigen Verhaltens erhielt Genossin Leu einen Ordnungsruf, zu dem später noch zwei weitere hinzukamen.

Stadtrat Mayer gab eine Reihe von Zahlen bekannt, die beweisen sollten, wie gewaltig die Leistungen des Wohlfahrtsamts gewesen sind, machte damit aber nur wenig Eindruck; denn die Unzulänglichkeit der Leistungen des Wohlfahrtsamtes ist zu offensichtlich. Einzig Frl. Fuhrmann fühlte sich berufen, das Wohlfahrtsamt zu verteidigen, mußte aber ihre Ausführungen oft unterbrechen infolge heftiger Zwischenrufe von der linken Seite des Hauses. Genosse Grünhagen, der als Vorsteher präsidierte, drohte schließlich die Versammlung zu vertagen. Zwischenrufe von deutschnationalen Stadtverordneten ließen ebenfalls erkennen, daß sie mit dem Verhalten von Frl. Fuhrmann nicht einverstanden waren. Stadtv. Frl. Meyer (Dtnatl.) erklärte, daß derjenige verächtlich handele, der die Not seiner Mitmenschen parteipolitisch ausnutze. Stadtv. Gen. Spill führte die Versammlung zur sachlichen Beratung zurück. Das beste Wohlfahrtsamt müsse versagen, wenn nicht genügend Geld vorhanden sei. Hier sei der Hebel anzusetzen. Die Körperschaftssteuer der Großbanken sei noch immer nicht eingegangen. Solange die Finanzverwaltung so jämmerlich versage, sei an eine Besserung auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege nicht zu denken.

Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich angenommen, jedoch soll kein besonderer Ausschuß gebildet werden. Um ¾8 Uhr war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt.

Unzulässiger Geschäftsschluß.

Schon vor einigen Tagen konnte man die Beobachtung machen, daß einzelne Geschäfte unter nichtigen Vorwänden geschlossen blieben Der Antritt einer Einkaufsreise (!) wurde in einem Falle sogar als Grund für die Schließung des Geschäftes angegeben Das schlechte Beispiel hat schnell Schule gemacht Der Dollarsprung der letzten Tage hat in zahlreichen Fällen zur Schließung der Geschäfte geführt. Bei Gang durch die Straßen der Stadt stößt man immer häufiger auf geschlossene Geschäfte. Ein solches Verfahren kann nicht scharf genug verurteilt werden. Alle die Angaben über die Schließung der Geschäfte sind Schwindel. Die Ladeninhaber schließen nur, um nach einigen Tagen die Waren zu Valutapreisen verkaufen zu können. Diese Spekulation muß durchkreuzt werden; die Behörden müssen sofort einschreiten. Und sie werden dabei sicher auf die Unterstützung des ehrlichen Handels finden, der ja die Bekämpfung gewissenloser Schädlinge des Volksganzen nur begrüßen wird. Das Publikum tut gut, wenn es sich die jetzt geschlossenen Geschäfte für die Zukunft merkt.

Keine Trockenlegung Danzigs.

Im Wirtschaftsausschuß wurde die Eingabe der Inhaber dreier Destillationsgeschäfte gegen eine Verfügung des Polizeipräsidenten verhandelt. Sie erfuhr Zurückweisung, weil sie ein Einzelvorgehen mit Außerachtlassung der Organisation darstellt. Bei dieser Gelegenheit fand die letzte Polizeiverordnung bezüglich Bekämpfung der Trunksucht Kritik. Unsere Freunde waren mit der Grundidee einverstanden, doch hieße es der Möglichkeit des Messens mit zweierlei Maß Spielraum gewähren, wenn festgesetzt werde, daß der auf der Straße betroffene Trunkene mit 80 000 Mark bestraft wird, falls er Aergernis erregt. Der Begüterte läßt sich eben sicher und gefahrenfrei im Auto oder in der Droschke heimfahren. Auch müßten Gastwirte wie ja gewissenlose Menschen in jedem Berufe vorkommen, die schon Betrunkenen noch weitere Spirituosen verabfolgen, gleichfalls unter Strafe gestellt werden. Die Verordnung sei an sich aber immerhin nur als ein kleines Mittelchen zu betrachten; Aufklärung, Belehrung, eine bessere Lebenshaltung und ein freundliches Heim seien die besten Mittel, die Bevölkerung dem Mißbrauch des Alkohols fernzuhalten. Der Flaschenschnapshandel sei besonders scharf zu bekämpfen, desgleichen müsse eine scharfe gesundheitspolizeiliche Kontrolle durchgeführt werden, weil vom Auslande direkt Gift im Alkohol eingeführt werde, der auch schon in kleinsten Mengen genossen, schädlich sei. Festgehalten sei noch die Bemerkung des Regierungsvertreters, daß an eine Trockenlegung der Freien Stadt, etwa nach dem Vorbilde Schwedens oder der Vereinigten Staaten, seitens des Senats nicht gedacht werde.

Interessantes für die Wucherpolizei.

Vor einigen Tagen ließ die Wucherabteilung des Polizeipräsidiums durch die Zeitungen berichten, was bei der Wucherbekämpfung schon getan und beschlagnahmt sei. Es wurde u. a. mitgeteilt, daß ein Faß Butter, welches mit einem Dampfer gekommen war, beschlagnahmt werden konnte. Von gut unterrichteter Seite wird uns dazu folgendes mitgeteilt:

Die Dampfer „Augusta", „Brünhilde", „Oberon", „Adjutant" und „Kronprinz", welche regelmäßig in der Woche etwa zweimal zwischen dem großen Werder und Danzig verkehren, bringen jeder jedesmal mindestens 20 Buttersendungen nach Danzig, die alle über dem Höchstpreise abgesetzt werden müssen, weil die Händler, von denen es so viele gibt, daß es wirklich ein Unwesen ist, schon den Erzeugern und hauptsächlich den Käsereibesitzern den für Danzig festgesetzten Höchstpreis, mindestens aber noch mehr, zahlen. Aehnlich steht es mit dem Vieh der ganz kleinen Bauern Es wurden in der zweiten Hälfte des Juli junge Bullen verkauft und geliefert für folgende Preise pro Zentner Lebendgewicht: 1 300 000 Mark bis 1 800 000 Mark. Wenn hierzu die Fleischpreise in der vergangenen Woche, vor allem die vom Sonnabend verglichen werden, dürfte wohl klar sein, da Wucher getrieben ist.

Aehnlich liegt es bei den Fischern auf dem Frischen Haff. Diese fangen im Sommer fast nur Aale. In der zweiten Hälfte des Juli mußten die Fischer die Aale für 14 000 bis 16 000 Mark das Pfund verkaufen. Damals kosteten Aale in Danzig mehr als 30 000 Mark. Die besseren und großen Aale kommen aber nicht auf den hiesigen Markt, sondern verschwinden schon vorher ins Ausland oder in die Räuchereien. Jetzt kosten Aale in Danzig mehr als 100 000 Mk. das Pfund und zwar noch die, die im Juli recht billig vom Erzeuger erstanden wurden. Die Fischhandelsgesellschaften Emil Bock und Eckermann, beide in Danzig, haben auf diesem Gebiete das Heft so fest in der Hand, daß sie die Preise, sowohl dem Erzeuger, als auch dem Konsumenten, diktieren können.

Die Arbeiter, die bei den jetzigen Löhnen sowieso nicht Aale essen können, dürften auch über diese Preise ziemlich gleichgültig sein, denn sie wissen, daß Aale nur von Leuten gegessen werden, die auch das Geld dazu haben. Gleichgültigkeit darf aber nicht Platz greifen im Kampfe gegen den trustartigen Handel, durch den die Fischer zu Grunde gerichtet werden. Um ein Paket von 10 Pfund Baumwollgarn zur Herstellung der Fanggeräte zu beschaffen, mußten die Fischer vor dem Kriege den Erlös von 15 Pfund Aale opfern. Jetzt dagegen müssen ziemlich zwei Zentner Aale für die gleiche Menge Baumwolle bezahlt werden. Die Fischer empfinden es schwer, daß sie nicht gegen den Wucher geschützt werden Mit den Seefischern steht es im allgemeinen auch so, abgesehen jedoch von einigen größeren Betrieben, die so lohnend gefangen haben, daß sie trotz der hohen Preise für Fanggeräte, diese doch beschaffen können.

Die Bevölkerung Danzigs, hauptsächlich aber die Besitzlosen, haben ein sehr großes Interesse an der Erhaltung der Fischerei. Vergessen darf es nicht werden, daß im vergangenen Winter und Frühjahr Seefische in großen Mengen auf den Markt kamen und daß auch die Preise erschwinglich waren. Eine stramme Wucherpolizei fände auch auf diesem Gebiete ein großes Betätigungsfeld.

Die neue Teuerungszahl.

Unnütze Rechnerei.

Das Statistische Amt teilt mit:

Die für Montag, den 6. August 1923 berechnete Teuerungszahl der Lebenshaltungskosten einschl. Bekleidung ist gegen die Notierung vom letzten Montag, den 30. v. Mts., gestiegen von 8 239 290 auf 13 709 170, also um 66,4 Prozent. Auf den Stand vor dem Kriege bezogen ist danach die Teuerung auf das 141 070fache gestiegen.

Diesen Berechnungen kann keinerlei Wert zuerkannt werden. Die Teuerungszahlen, die auf Grund des Preisstandes vom Sonnabend und Montag errechnet wurden, sind durch die katastrophalen Preissteigerungen in den letzten 24 Stunden mindestens um das Drei- bis Vierfache überholt.

Die neuen Stundenlöhne für Tischler.

Auf Grund der Bestimmungen des § 74 des Tarifvertrages stellen sich die Löhne für das Holzgewerbe vom 3. August bis einschließlich 9. August wie folgt: Facharbeiter über 22 Jahre 115 488 Mark, bis 22 Jahre 100 472 Mark, Hilfsarbeiter über 22 Jahre 98 160 Mk., von 20—22 Jahre 86 615 Mk., von 17—20 Jahre 80 840 Mk., von 16—17 Jahre 54 280 Mk., von 15—16 Jahre 37 805 Mk., von 14—15 Jahre 26 000 Mark. Für Ueberstunden wird ein Lohnzuschlag von 28 870 Mk. pro Stunde, für Nacht- und Sonntagsarbeiten von 57 741 Mark pro Stunde gezahlt.

Der deutsche Verfassungstag in Danzig. Das deutsche Generalkonsulat in Danzig teilt mit: „Am 11. August, dem Verfassungstage des Deutschen Reiches, bleiben die Bureaus des Deutschen Generalkonsulats und der Deutschen Paßstelle geschlossen. Für dringende Angelegenheiten ist jedoch in der Zeit von ½12 bis 1 Uhr ein Beamter des Generalkonsulats und der Paßstelle zur Abfertigung in den genannten Bureaus anwesend." Anscheinend soll dies die einzige Tatsache sein, durch die das deutsche Generalkosulat den deutschen Erinnerungstag der Weimarer Verfassung ehrt. Warum man diesen Tag gerade in Danzig von deutscher offizieller Seite so stiefmütterlich behandelt, ist unverständlich. Das polnische Generalkosulat hat mit seiner Verfassungs-Kundgebung für die polnische Republik jedenfalls öffentlich viel eindrucksvoller zu wirken verstanden.

Polizeibericht vom 8. August 1923. Festgenommen: 19 Personen, darunter 2 wegen Hehlerei, 1 wegen Beamtenbestechung, 1 wegen Paßvergehens, 1 wegen Bedrohung, 1 wegen Sittenübertretung, 4 obdachlos, 2 in Polizeihaft, 7 wegen Trunkenheit.

Danziger Standesamt vom 8. August 1923.

Todesfälle. Witwe Mathilde Anton geb. Raddatz, 89 J. 11 M. — Tochter des Kanzleiangestellten Herbert Walle, 2 J. 5 M. — Frau Martha [illegible] geb. [illegible], [illegible] J. 8 M. — Schuhmacher Ernst Rohland, 71 J. 3 M. — Witwe Auguste Rakau geb. Steig, 79 J. 1 M. — Sohn des Arbeiters Willi Haase, fast 14 J. — Witwe Mathilde Behrendt geb. Treder, 71 J. 5 M. — Kaufmann Otto Hornung, [illegible] J. 9 M. — Arbeiter Hugo Wolff, [illegible] J. 9 M.

Devisenstand

(Festgestellt um 12 Uhr mittags.)

1 Dollar 6 500 000 Mk.,

Pol.-Mk. 31,00 Mk., 1 engl. Pfd. 30 800 000 Mk.

Senat und Wohnungsbau.

Kurz vor den Volkstagsferien wurde das Gesetz über Abgaben zum Wohnungsbau verabschiedet. Dadurch wurde die Abgabe auf den 100fachen Betrag der Friedensmiete gesteigert und die 1prozentige Lohnsteuer der Unternehmer neu eingeführt. Die Fraktion der VSPD. stimmte dem Gesetz zur Erhöhung der Wohnungsbauabgabe zu, weil der tiefere Sinn des Wohnungsbauabgabengesetzes ist: 1. Die Kosten für die Erbauung neuer Wohnungen sollen aus der Wohnungswirtschaft selbst hervorgehen, was einem durchaus wichtigen volkswirtschaftlichen Grundsatz entspricht; 2. alle Nutzungsberechtigten von Wohnungen, Gewerberäumen usw. haben ein gemeinsames wirtschaftliches und soziales Interesse daran, daß einmal der fehlende Miet- und Wohnraum möglichst bald neu erbaut wird.

Das unzulängliche Materiallager des Senats.

Die Mittel zum Weiterbauen fehlten. Bereits im Siedlungsausschuß wurde von unseren Genossen darauf hingewiesen, daß die Sabotage gegen den Gemeinwirtschaftsbau vom Senat endlich einmal aufhören müsse. Senator Leske widersprach dem Vorwurf der Sabotage und wies auf das große Materiallager hin. Genosse Brill wies aber nach, daß das Materiallager anders aussehe als es vom Senator geschildert wurde. Ziegelsteine seien außer den 80 000 am Brösener Weg, von denen mindestens 50 000 durch die Witterungseinflüsse unbrauchbar geworden sind, nicht vorhanden. In den letzten Wochen erst und erst, als der Preis auf 100 000 Mark gestiegen war, sind 534 Faß Zement gekauft worden. Davon ist auch nicht ein einziges Faß für den nun zu beginnenden Wohnungsbau übrig, denn 17 Faß werden für den Umbau der Feuerwache Neufahrwasser, 150 Faß für die Genossenschaften und 50 Faß für den Umbau der städtischen Sparkasse gebraucht, so daß noch für die Bauten 10 Faß gebraucht werden. Außerdem ist ein Waggon Gipskalk vorhanden, der für den Umbau der Feuerwache Neufahrwasser gebraucht wird. Dann befinden sich auf Lager zirka 150 Oefen. Gebraucht werden aber allein am Brösener Weg für 114 Wohnungen zu zwei Zimmern 228. Ebenfalls werden dort 600 Doppelfenster gebraucht und nur [illegible] sind auf Lager. Rohrgewebe fehlt und an Gips sind nur 32 Sack auf Lager. Zwischen der Forstverwaltung und dem Senator Leske war vereinbart, daß alles Holz, das die Forstverwaltung nicht örtlich selbst gebraucht, an den Senator abgegeben werden soll. Als 10 000 Festmeter von der Forstverwaltung abgenommen waren, wurde Einhalt geboten. Diese geben aber nur 3000 Kubikmeter Schnittware. Davon sind 150 Kubikmeter an die Tiefbauverwaltung abgegeben. Fußboden werden 10 000 Quadratmeter gebraucht. Am Ende des Jahres ist kein Stück Holz vorhanden. Wenn so wenig Vorrat eingelagert ist, werden für mindestens 4—5 Milliarden Baumaterialien gekauft werden müssen, wenn neue Wohnungen gebaut werden sollen. Tritt dieser Zustand ein, dann fordern auf Grund des festen Zusammenschlusses der Baumaterialienhändler die Preise, und die Wohnungsbauabgabe reicht infolge der rückständigen Baumwirtschaft des Senats nicht aus.

7500 Wohnungen fehlen.

Statt nun, nachdem die Wohnungsbauabgabe erhöht und die 1prozentige Lohnsteuer eingeführt ist, intensiv mit dem Wohnungsbau zu beginnen, treibt der Senat seine Sabotage weiter, angeblich, weil kein Geld vorhanden ist. Er beginnt nicht nur nicht mit dem Bau neuer Wohnungen, sondern läßt die im Bau befindlichen wieder stillegen. „Hat man etwas Verkehrteres gesehen?" Als einziges Beispiel wollen wir die Bauten am Uhlhornweg anführen. Die Bauten wurden im Sommer 1921 begonnen. Im Herbst desselben Jahres begann ebenfalls der Kreis Danziger Höhe einige Häuser zu bauen. Während diese bereits seit dem 1. August 1922 bezogen sind, ist eine Anzahl Häuser am Uhlhornweg noch nicht einmal mit den primitivsten Innenarbeiten fertig. Trotzdem in Danzig eine große Wohnungsnot und ein großes Wohnungselend besteht. Am 1. April bestand schätzungsweise nach Angabe des Senators Leske ein Mangel an zirka 7500 Wohnungen. Unter Einschluß der zugehörigen Familienangehörigen ergeben sich danach rund

30 000 Wohnungslose.

Hierbei ist zu beachten, daß hierunter nur die von dem Wohnungsamt als dringlich anerkannten Fälle gezählt sind, z. B. keine Unverheirateten, keine Ausländer usw.

In der Stadt Danzig liegen zurzeit 30 Fälle vor, in denen ein rechtskräftiges Räumungsurteil gefällt ist. Außerdem sind seit dem 1. April 1922 75 Wohnungen baupolizeilich wegen Lebensgefahr geschlossen worden.

In Danzig wurden vor dem Kriege bis 1913 jährlich etwa 800 Wohnungen neu gebaut. Einem Rückgang 1913 auf 436 Wohnungen folgten die Kriegsjahre. 1914—1918 wurden insgesamt nur 166 neue Wohnungen geschaffen.

Der Zustand der Wohnungen

war in Danzig von jeher ein schlechter. 1918 fehlte bei 85 Prozent der Wohnungen ein eigener Abort, bei 54 Prozent der Wohnungen ein eigener Flur, und nur 14 Prozent besaßen eine Badegelegenheit. Tausende und aber Tausende Danziger müssen heute in Räumen hausen, die man als Wohnungen überhaupt nicht bezeichnen kann. Die Folgen dieses Wohnungselends für unsere Volksgesundheit sind furchtbar. Kinderkrankheit und Tuberkulose fordern ihre Opfer.

Daß die privatkapitalistische Wohnungsfürsorge das Kulturniveau unserer Wohnstätten unendlich herabgemindert hat, bedarf für einen kulturell empfindenden Menschen keines Beweises. Die Häßlichkeit der Hausform, die kulturwidrige Wohnungsanlage, die bewußte Abtrennung des Menschen von der Natur, der Wohnung vom Garten, des Kindes vom Spielplatz, das alles sind Sünden der privatkapitalistischen Wohnungswirtschaft. Negative Sünden sind es, zu denen die positiven noch kommen, deren Schwere und Tragweite erst klar werden, wenn man sich die Frage vorlegt: Ist das derzeitige Kino, das derzeitige Café, der derzeitige Vergnügungspark, die derzeitige Kneipe der höchst erreichbare kulturelle Ausdruck großstädtischen Gemeinschaftslebens? Alle diese „Kulturbeweise" können nur auf dem Boden eines falsch orientierten, privatkapitalistischen Siedlungssystems wachsen.

Stillegung der städtischen Wohnungsbauten.

Statt nun die Wohnungsbauabgabe und Lohnsteuer so schnell wie möglich einzuziehen und nicht nur das Weiterbauen der bereits angefangenen Häuser durchzuführen, sondern mit dem Bau neuer Gebäude zu beginnen und die Heilung der Wohnungsnot und des Wohnungselends am Operationstisch, wo es noch Zeit ist, zu vollziehen, scheint der Senat sie erst an der Bahre vornehmen zu wollen. Wer so handelt wie der Senat, trägt absichtlich oder aus Unwissenheit zur Förderung der Bestrebungen bei, die die Wiederherstellung der freien Wohnungswirtschaft zum Ziel haben, denn er schafft damit Verhältnisse, die zwangsläufig zur freien Wohnungswirtschaft treiben. Die Volksvertreter, die die Aufbringung der Mittel zur Fortführung der gemeinnützigen Wohnungsbautätigkeit bewilligt haben, übernehmen, wenn sie die weitere Sabotage des Senats zulassen, damit eine gewaltige Verantwortung vor den Mietern, die vor dem Zusammenbruch der Bauwirtschaft stehen, aber auch vor dem gesamten Volk, dessen Wirtschaft bei Wiederkehr des freien Spiels der Kräfte die völlige Zerrüttung droht.

Der Wohnungsmangel wächst sich immer mehr zu einer wirtschaftlichen, hygienischen und kulturellen Gefahr aus. Durch den Mangel an Wohnräumen haben die Ueberfüllung der Wohnungen und die dadurch bedingten gesundheitlichen und sittlichen Schäden in erheblichem Umfange zugenommen. Auch werden durch die Ueberfüllung der vorhandenen Wohnräume diese in steigendem Maße abgenutzt. In den ärmsten Bevölkerungsschichten, die am meisten den Gefahren ausgesetzt sind, können erschreckende Wohnzustände festgestellt werden. In mehreren Fällen teilen drei oder gar vier Familien eine Zweizimmerwohnung. Die durch die mangelhaften Ernährungsverhältnisse geschwächte Gesundheit der Bevölkerung wird durch die Zusammenpferchung vieler Menschen in einen Raum noch mehr verschlimmert. Versprechungen hat die Arbeiterschaft genügend gehört, sie muß jetzt Taten sehen. Die Sabotage des Senats muß aufhören. Reichtum verpflichtet! Darum haben wir die 1prozentige Lohnsteuer der Unternehmer eingeführt. Sie muß eingezogen und darf nicht weiter entwertet werden. Der Senat hat nun die Verantwortung. Wir müssen von ihm verlangen, daß er an den stillgelegten Bauten sofort die Arbeit wieder aufnehmen läßt und mit dem Bau neuer Wohnungen beginnt.

Der Rückgang der Bienenzucht im Freistaate. In einer Sitzung des Bienenzüchtervereins Danzig kam in einem Vortrage die schwierige Lage des Bienenzüchtervereins im Freistaat zum Ausdruck. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Imker in jedem Jahre ihren Bienen zum Winter außer dem im Stock verbliebenen Honig etwa 15 Pfund Zucker je Stock reichen müssen. Vor dem Kriege hätten die Imker vom Staate billigen Zucker zu diesem Zwecke erhalten. Aber in diesem Jahre geschehe von seiten der Behörden des Freistaates nichts dergleichen. Den Imkern sei es unmöglich, bei den heutigen hohen Preisen Zucker zu beschaffen. Würde doch die Einwinterung des Stockes bei dem heutigen Zuckerpreise von 140 000 Mark pro Pfd. über 2 Millionen Mark kosten. Das könnte sich kein Imker leisten. Die Imker sehen sich daher genötigt, einerseits ihre Stände ganz bedeutend zu verkleinern, andererseits den geernteten Honig an die Bienen zu verfüttern. Es würde daher in diesem Jahre wenig oder gar kein Honig in den Geschäften zu haben sein. Auch würde die Einschränkung bzw. das völlige Eingehen der Bienenzucht schwere Folgen für die Landwirtschaft und damit auf die Ernährung der Bevölkerung haben.

Die Fahrt ins besetzte Gebiet. Amtlich wird mitgeteilt: Seit dem 15. Juni wird eine Einreisegenehmigung in das besetzte Gebiet nur noch gegen Vorlegung standesamtlicher Urkunden über Eheschließung, Todesfälle oder ganz wichtiger Familienangelegenheiten erteilt; auch die im besetzten Gebiet wohnenden Angehörigen vermögen die französische Genehmigung nicht zu beschaffen. Für eine Reise ins Ruhr- oder Rheingebiet empfiehlt sich als einzige gute Verbindung der Nachtschnellzug Berlin— (ab Friedrichstr. 11 Uhr nachmittags) Hannover—Osnabrück—Wesel (an 8.23 Uhr vormittags) mit durchlaufenden Wagen Berlin—Wesel. Der Bahnhof Wesel ist besatzungsfrei, die Stadt teilweise besetzt; bis Wesel bedarf es keiner Einreiseerlaubnis. Reisende, die das französische Visum haben, fahren von Wesel mit der Bahn nach Spellen (scharfe Kontrolle!) und haben von hier aus nach allen Richtungen Straßenbahnverbindungen. In Wesel wickelt sich zurzeit der Hauptverkehr nach der Ruhr ab. — Trotz dieser Schwierigkeiten treffen auf den Bahnhöfen des Randgebietes immer noch viele Reisende ein, die ohne Visum in das Randgebiet wollen; die Einreise ohne Visum ist unmöglich und der Versuch, die Sperre zu umgehen, ist lebensgefährlich. Das Randgebiet ist von Zurückgewiesenen überfüllt; Eisenbahn, Gemeinden und Rotes Kreuz raten daher dringend von einer Reise ins Randgebiet ab.

Aus dem Osten.

Guttstadt. Größere Teuerungstumulte entwickelten sich am Montag vor der Verkaufsstelle des Hausfrauenvereins. Die Preise für Butter und Vollmilch waren stark heraufgesetzt. Diese Steigerung hatte eine größere Erregung ausgelöst. Die Käufer, die diese Steigerung als Wucher auffaßten, nahmen auf der Straße Stellung dagegen. Es sammelte sich mit der Zeit eine größere Menge Frauen an, die eine drohende Haltung gegenüber der Verkaufsstelle einnahmen. Diese wurde einfach geschlossen. Die Ansammlungen dauerten den ganzen Tag über an und erhielten am Abend immer größeren Zulauf. Erst in den späten Abendstunden verlief sich die Menge. Auch vor der Molkerei demonstrierte die Bevölkerung gegen die hohen Butter- und Milchpreise.

Memel. Amerikanischer Flottenbesuch. Der Konsul der Vereinigten Staaten hat bei der litauischen Regierung um die Genehmigung zum Besuch des amerikanischen Kreuzers Pittsburg im Memeler Hafen nachgesucht. Diese hat die Genehmigung erteilt und dabei ihrer Freude über den Besuch Ausdruck verliehen. In litauischen politischen Kreisen will man in diesem Schritt der amerikanischen Regierung einen Beweis dafür erblicken, daß die amerikanische Regierung die Souveränitätsrechte Litauens auf Memel und den Memeler Hafen anerkennt.

Riga. Gesunken ist in der Ostsee das lettländische Motorschiff „Vineta" mit einer Ladung Salz. Die Mannschaft wurde von einem dänischen Dampfer aufgenommen und nach Riga gebracht.

Versammlungs-Anzeiger

Anzeigen für den Versammlungskalender werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle, Am Spendhaus 6, gegen Barzahlung entgegen genommen. Zeilenpreis 5000. Mk.

V.S.P.D. Frauenkommission. Mittwoch, den 8. August, abends 7 Uhr im Parteibureau: Sitzung. (†

Verein Arbeiter-Jugend, Langfuhr. Mittwoch, den 8. Aug., abends 6 Uhr: Treffen am Heim zum Spaziergang nach Brösen. (†

Verband der Fabrikarbeiter Danzigs. Donnerstag, den 9. August, 6 Uhr abends, im Gewerkschaftshaus, Heveliusplatz 1/2, Zimmer 70: Mitgliederversammlung. Ohne Verbandsbuch oder Karte kein Zutritt. D. Ortsverwltg.

Wasserstandsnachrichten am 8. August 1923.

	4. 8.	5. 8.	Kurzebrack	+ 0,62	+ ,
Zawichost	+ 0,91	+ ,	Montauerspitze	+ 0,11	+ 0,12
	4. 8.	5. 8.	Pieckel	— 0,04	— 0,03
Warschau	+ 0,95	+ ,	Dirschau	+ 0,06	+ 0,07
	4. 8.	5. 8.	Einlage	+ 2,46	+ 2,46
Plock	+ 0,56	+ ,	Schiewenhorst	+ 2,68	+ 2,72
	7. 8.	8. 8.	Nogat:		
Thorn	+ ,	+ ,	Schönau O. P.	+ 6,67	+ 6,70
Fordon	+ ,	+ ,	Galgenberg O. P.	+ 4,46	+ 4,42
Culm	+ ,	+ ,	Neuhorsterbusch	+ ,	+ ,
Graudenz	+ ,	+ ,	Anwachs	+ ,	+ ,

Die Tat des Dietrich Stobäus

30) **Roman von Max Halbe.**

Er lachte plötzlich mit offenem Munde. Seine Augen waren, während er sprach, von neuem in den Saal hinausgewandert. Unwillkürlich folgte ich der Richtung, während mein Herz wieder hörbar zu hämmern begann und alles Blut aus meinem Gesicht entwich. Wer war es, die er dort unten entdeckt hatte? Ich beugte mich hinter der Logenwand, die mich verbarg, etwas vor und suchte mit meinen Augen die lebendigen Mauern zu durchdringen, die sich im Rhythmus des Kunsttanzes gegeneinander hin bewegten, sich verflochten, sich verschoben, wieder sich auflösten, Kehrt machten und von neuem Front gegen Front, sich ineinanderwebend und [illegible], begannen [illegible] der [illegible].

War es Karola, die er entdeckt hatte? fragte ich mich mit fliegenden Herzschlägen, indes meine Augen wie irre Vögel über das Gewoge da unten hinstrichen, auf und ab, vorwärts und rückwärts [illegible] an Seidenkleidern, [illegible] und Tüllröcken [illegible]. War sie es wirklich? Konnte es möglich sein? Träumte ich nicht nur, und der nächste Augenblick brachte mir ein schmerzliches, ernüchterndes Erwachen aus dem [illegible], der mit [illegible] ist und das Herz [illegible] ließ?

Hempel hatte sich erhoben.

„Ich sehe nicht ein, was man hier oben verloren hat," sagte er und lächelte wieder in seiner [illegible] Art. „Betrachten wir es mal da unten beim Ball! Man muß dem Glück die Hand bieten. Wer wagt, dem [illegible]."

Wieder tauchte sein Blick in den Saal hinunter, über den Reigen der [illegible] Paare hinweg, und meine Augen folgten ihm suchend, tastend, Schritt für Schritt [illegible], bis sie [illegible] gegenüber an der Saalwand, im Halbdunkel der [illegible], den [illegible] des anderen eine [illegible], zierliche Gestalt entdeckten.

Ja, sie war es! Karola und niemand anders hatte sie hier in den Saal gebracht, im Schutze des Dämmerlichts, und doch meinte, in diesem Moment [illegible] Bilder deutlich [illegible], als hätte ich sie auf Armeslänge vor mir.

Sie trug ein [illegible], [illegible] Maskenkostüm, [illegible] wie ich sie im Troubadour-Chor gesehen hatte. Hals, Arme und Schultern waren frei. Ein bunter Kaschmirschal — ein Geschenk von mir — war lose herübergeworfen. Das aschblonde Haar floß [illegible] nach rückwärts. Ein Knoten schien es im Nacken zusammenzuhalten. Das kurze rote Röckchen reichte knapp bis über die Knie. Ich erkannte die festen runden Waden über den zierlichen Knöcheln, die immer von neuem mein ganzes Entzücken gewesen waren, und meine Hände ballten sich zusammen.

Es war es denn wahr! Was ich längst geahnt, wovor ich bewußt immer wieder die Augen geschlossen hatte: Sie betrog mich! ... Karola betrog mich! Betrog mich gerade mit dem, der mir von allen Menschen der verhaßteste, der [illegible], der unerträglichste war! Mit meinem [illegible], von Geburt her mir vorbestimmten, in alle Ewigkeit her mit mir verwachsenen Todfeinde! Mit meinem [illegible] Erzeuger und Widersacher durch alle Zeiten und Welten! Meinem eigenen, gleichsam umgeschaffenen und ins Gegenteil verkehrten Spiegelbild und zweiten Ich, das unweigerlicher war wie ich selbst, aber nur in der gleichen Stunde mit mir! Ihm war sie ins Garn gegangen! Sie [illegible] ein Schmetterling gerade ihm! Unter Hunderten, Tausenden gerade zu ihm, dem Einen, Einzigen, der sie nicht haben durfte, wenn nach Verstand, Einsicht, Güte im Weltlauf [illegible], und der sie durch eine unnachahmliche, [illegible] gegen mich gerichtete Bosheit des Geschicks nun gerade erst recht sie bekommen hatte! Der eine Einzige [illegible] unter Tausenden von [illegible] [illegible]. Ein Grausen lief mit unaussprechlicher Bitterkeit durch ihn, mit ihm [illegible] ... Warum gerade mich? ... Und warum gerade er? ... Schicksal! Schicksal! [illegible] ich ihn nicht vernichten, auslöschen, wie man seinen eigenen [illegible] ... [illegible] immer tiefer und tiefer [illegible] alles [illegible] ... Erinnerung und Leben ...?

Ich weiß nicht, wie lange ich so in mich [illegible] verbissen und [illegible] gesessen und gebrütet hatte. Plötzlich fühlte ich, wie sich eine Hand auf meine Schulter legte. Es war nur ein ganz leichter, flüchtiger Druck, und doch hatte ich die [illegible] Empfindung, als hätte mich eine [illegible] Gewalt berührt.

Ich sah überrascht auf, halb in der Meinung, als sei Schwarzwald, der ja neben mir gesessen hatte, aber ohne recht zu begreifen, woher die seltsame Kraft in seine abgezehrten Hände komme.

„Die beiden Herren haben sich empfohlen," sagte ein wenig hinter mir eine fremde Stimme, die mir doch irgendwo und irgendwann schon einmal geklungen haben mußte.

Ich versuchte, mich nach meinem neuen Nachbarn umzusehen, aber es gelang mir nur unvollständig, da er, so weit ich den Kopf auch wandte, immer ein Stückchen hinter meiner Augenlinie zurückblieb und mir so — war es Zufall? war es Absicht? — seinen vollen Anblick entzog.

Also ein Unbekannter! dachte ich mir. Aber wer mochte es sein? Was ich sah, gab mir den Eindruck eines wohlgepflegten Herrn unbestimmten Alters, von mittelgroßer, fast zierlicher Figur, mit welligem, grauem Haar, von dem sich nicht entscheiden ließ, ob es nur gepudert oder von Natur so sei, und das nach rückwärts wie in einen Zopf auszugehen schien. Auch das Kostüm — übrigens würdig und ansehnlich — ließ sich in Schnitt und Besatz recht altfränkisch an, mochte das nun verjährter Gewohnheit oder der Maskerade des heutigen Faschingsabends zuzuschreiben sein. Vom Gesicht, wie gesagt, vermochte ich, trotz wiederholten Wendens, immer nur einzelne Züge aufzufangen, die mir, ebenso wie die Stimme vorher, bis zu einem gewissen Grade bekannt vorkamen, ohne mir doch im ganzen ein irgendwie faßbares Bild zu geben.

„Sie wünschen zu wissen, wen Sie neben sich haben?" klang wieder die fremde Stimme seitlich hinter mir, und es war, als liege ein verschleiertes Lächeln über den Worten.

„Wie kommen Sie darauf?" fragte ich mechanisch und eigentlich ohne Absicht, da mir in der Tat jene Frage auf der Zunge geschwebt hatte.

„Das ist nicht schwer zu erraten," erwiderte der Fremde. „Es gibt härtere Nüsse zu knacken. Wie lange geben Sie zum Beispiel Ihrem Freunde Schwarzwald noch Zeit zu leben?"

Ich zuckte mit den Achseln. Irgend etwas in mir bäumte sich gegen den unerbetenen Nachbarn auf. Was wollte der sonderbare Mensch von mir? Und woran zum Teufel! erinnerte mich doch die Stimme, diese gedämpfte, etwas singende Stimme?

„Ihr Freund Schwarzwald ist Todeskandidat," sagte der Fremde mit ruhiger Bestimmtheit.

(Fortsetzung folgt.)

Die neue Danziger Währung.

Von Johannes Buchholz.

III.

Fester Wechselkurs oder feste Kaufkraft?

In seinem Entwurf verlangt Senator Volkmann mit Recht die Einführung einer Festwährung. Jeder Staat, der sich hierzu entschließt, muß sich darüber entscheiden, ob er einen festen Wechselkurs mit einer bestimmten ausländischen Währung haben oder die Kaufkraft des Geldes im Inlande festigen will. Nach dem Volkmannschen Plane soll die Danziger Währung auf einen unveränderlichen Wechselkurs mit der englischen Währung befestigt werden. Daß die Danziger Währung zu der englischen in ein bestimmtes Verhältnis gebracht wird, halte auch ich für gut. Das kann aber auch geschehen bei einer Festigung der Kaufkraft des Guldens im Inlande. Wäre die Kaufkraft des Pfundes im Inlande gefestigt, dann würde sich der unveränderliche Wechselkurs mit unserm Gulden von selber ergeben, sobald wir die Kaufkraft des Guldens festigen. Ebenso, wie zwei richtiggehende Uhren ohne Uhrenstellung stets zur gleichen Zeit 12 Uhr melden. Leider ist das erstere aber noch nicht der Fall. Die Kaufkraft des Pfundes ist noch in der Bewegung. Die englische Währung befindet sich in der Geldaufwertung. Etwa 1920 begannen die Vereinigten Staaten wie auch England mit ihr. Sie kannten damals die Wirkungen jeder Geldaufwertung noch nicht. Die naturnotwendige Arbeitslosigkeit setzte sofort ein. Die klugen und praktischen Amerikaner merkten bald die Ursache und hörten mit der Geldaufwertung auf. Sofort verschwand die ungewöhnlich starke Arbeitslosigkeit, und in Amerika wird jetzt mit Vollbetrieb gearbeitet, so daß eine Erleichterung der Einwanderung erwogen wird. England aber hat diesen Schritt noch nicht getan und hat schwere Sorgen wegen der umfangreichen Arbeitslosigkeit. Der Herr Finanzsenator kennt diese Wirkungen und hat deshalb in seinem Plane mit Recht jede Geldaufwertung, wie jede Geldentwertung für den Gulden abgelehnt. Es ist aber entgangen, daß wir die englische Geldaufwertung mit ihren Folgen ganz logisch erhalten müssen, wenn wir die Guldenwährung auf einen gleichbleibenden Wechselkurs mit der englischen Währung festigen. Auf diesen Umstand will ich hiermit hinweisen. Wir können diesem schweren Uebel aber entgehen, wenn wir die Guldenwährung auf die Kaufkraft des Guldens festigen. Die Anlehnung an die englische Währung bliebe bestehen. Nur würde der Kurs, der bei Beginn auf 100 steht, sich in dem Maße ändern, als die englische Währung weiter aufgewertet wird, während die Guldenwährung fest bleibt. Deshalb würde ich empfehlen, die Danziger Währung auf die Festigung der Kaufkraft im Inlande einzustellen.

Die Festlegung der Geldscheinmenge.

Nach dem Volkmannschen Plane sind Höchstmengen an Gulden vorgesehen, und zwar auf den Kopf der Bevölkerung 500 Gulden Papiergeld und 100 Gulden in Scheidemünzen. Das macht zusammen etwa 210 Millionen Gulden, die in den Verkehr kommen würden. Wir wollen aber eine Festwährung einführen, sei es, daß der Wechselkurs oder die Kaufkraft des Guldens gefestigt wird. Will man diese Festigung aber erhalten, so muß man einen beweglichen Hebel haben. Mit diesem Hebel muß man den Schwankungen der Warenmenge gerecht werden. Und dieser Hebel kann nur die Beweglichkeit der Geldscheinmenge sein.

Schon bei der Einführung soll der Gulden eine bestimmte Kaufkraft haben, die von etwa 20 Vorkriegspfennigen. Dafür ist Vorbedingung, daß man von vornherein die richtige Geldmenge wählt. Es ist aber nicht möglich, sie im voraus richtig einzuschätzen. Ich vermute sogar, daß sie zu niedrig eingeschätzt ist. Ferner muß auch die Schnelligkeit des Geldumlaufs berücksichtigt werden. Diese wird nach der Währungsreform wohl nachlassen, da sie jetzt rasend groß ist. Es können aus dieser zahlenmäßigen Festlegung der Geldscheinmengen große Schwierigkeiten entstehen, die ich jetzt nicht weiter ausmalen will. Es macht dabei auch keinen Unterschied, ob die Gulden aus Papier oder aus Gold bestehen.

Aus diesen Gründen empfehle ich, die Geldmenge nicht von vornherein festzulegen, sondern der Währungsverwaltung nur die Verpflichtung aufzugeben, für den unveränderten Wechselkurs oder die unveränderte Kaufkraft im Inlande zu sorgen. Dann ist die Währungsverwaltung unbedingt in der Lage, dieser Aufgabe nachzukommen. Sollte es sich als notwendig erweisen, so könnte man der Währungsverwaltung auf ihren Antrag noch die Möglichkeit geben, den Umlauf des Geldes zu beschleunigen.

Drohende Verschärfung des Zuckerwuchers.

Der Wirtschaftsausschuß des Volkstages war gestern zusammenberufen worden, um sich hauptsächlich mit der Zuckerbewirtschaftung zu beschäftigen. Der Senat macht darüber folgende Mitteilungen: Während im Vorjahre 5782,7 Hektar Land mit Zuckerrüben bestellt worden seien, haben die Landwirte diesmal nur 2004,1 Hektar bepflanzt. Im nächsten Jahre seien höchstens 124 000 Zentner — ein Viertel des vorjährigen Ertrages — an Zucker zu erwarten. Das bedinge auch einen Verlust von 10 Prozent Ausfuhrgebühr, gleich 1 Milliarde Mark für den Staat. Zucker sei zurzeit noch in großer Menge in der Freien Stadt auf den Lägern vorhanden. Der Senat habe den Beschluß gefaßt, von dem Wirtschaftsausschuß die Zustimmung zu erbitten, die Hälfte der noch vorhandenen seinerzeit beschlagnahmten Zuckermenge freizugeben gegen eine freiwillige 10prozentige Abgabe. Den Zuckerfabriken genügt das jedoch nicht. Sie wollen beim Volkstag dagegen Beschwerde erheben, da künftighin genügend Zucker zum Weltmarktpreise zu erstehen sei. Der Agrarhäuptling Abg. Doerksen erklärte, der Vorschlag des Senats sei ganz undiskutierbar. Der Senat, der doch wahrlich all die Jahre willig auf jeden Schenkeldruck seiner Agrarier reagiert hat, habe die Produktion auf ein Drittel zurückgeschraubt, während der Zuckerrübenbau in Polen um 80 Prozent gestiegen sei. Der Senat führe den vollständigen Ruin des Zuckerrübenbaus im Freistaate herbei, sein Vorgehen sei verfassungswidrig. Die Landwirtschaft werde sich jedoch zu helfen wissen. Sie werde künftighin noch weniger Zuckerrüben anbauen als in diesem Jahre. In dieser anmaßenden Unverfrorenheit übte der deutschnationale Agrarier Kritik an dem Vorschlage seines Senats.

Seitens der Vertreter der V.S.P.D. wurde erklärt, daß sowohl der Vorschlag des Senats, als auch die Aeußerungen des Abg. Doerksen Ablehnungen erfahren würden. Infolge der ganz außergewöhnlich schwierigen Lage der Lohn- und Gehaltsempfänger machte die Sozialdemokratie den Vorschlag, die Regierung solle die ihr zur Verfügung stehenden 15 000 Zentner Zucker zu einem erträglichen Preise absetzen. Es kämen etwa 3½ Pfund auf den Kopf der Bevölkerung. Da die Mehrheit der Freistadtbevölkerung angesichts der Wucherpreise für Fleisch sich solches nicht mehr leisten kann, so wäre sie doch wenigstens in der Lage, sich Obstsuppen zu bereiten, wozu allerdings Zucker zu billigem Preise unerläßlich sei. Im Deutschen Reich, welches unter weit schwererer Belastung fast zusammenbreche, wäre es möglich, das Pfund Zucker zu 8000 Mark abzugeben.

Es wurde von sozialdemokratischer Seite wieder darauf hingewiesen, daß die Sabotageakte der Landwirtschaft nicht mehr länger hingenommen werden können. Der Abg. Brieskorn habe bereits oftmals in herausfordernder Weise im Volkstage gedroht, die Landwirtschaft werde zu extensiver Wirtschaft übergehen, was auch geschehen sei, während der Senat in Ohnmacht alles geschehen ließ. Man solle erforderlichenfalls, da die Zuckernot im nächsten Wirtschaftsjahre noch weit unerträglicher werden müsse, infolge der vom Abg. Doerksen angekündigten weiteren Einschränkung des Zuckerrübenanbaus die noch vorhandenen 15 000 Zentner Zucker für die höchsten Notzeiten festhalten. Im Winter würde ein Pfund Zucker nur für 400 000 bis 500 000 Mark zu erhalten sein. Infolge der ungenügenden Maßnahmen des Senats gegen den Wucher, gerade wegen seines völligen Versagens, sei die Zuckerkarte zurzeit zum Handelsobjekt geworden. Abg. Doerksen beruhigte sich jedoch nicht. Er meinte, die Landwirtschaft müßte, falls der Senat in seiner Absicht der Freigabe von 7500 Zentner Zucker „festbleibe", dies als einen Akt der Erpressung des Senats an der Landwirtschaft ansehen. Soviel verdiene jeder, um den Zucker im freien Handel zu kaufen. Diese Aeußerung illustriert erneut die volksfreundliche Einstellung der Agrarier.

Der Vorschlag des Senats wurde abgelehnt. Den Wünschen der Sozialdemokratie trug die bürgerliche Mehrheit ebenfalls nicht Rechnung.

Kleine Nachrichten.

Der Esperantokongreß in Nürnberg wurde Sonntag eröffnet. 48 Länder haben Vertreter entsandt. Dem Erfinder der Sprache Zamenhoff, wurde im Beisein der Witwe eine Gedächtnishuldigung dargebracht.

Neue Wegener-Filme. Eine Paul-Wegener-Film-A.-G. ist gegründet worden zu dem Zwecke, Paul-Wegener-Filme herzustellen und zu vertreiben. Die Oberleitung hat Paul Wegener. Als erster Film soll der Großfilm „Lebende Buddhas, eine Phantasie aus dem Schneeland Tibet, gedreht werden.

In eigener Regie. In Leipzig wurde auf Antrag der Sozialdemokraten und unter lebhafter Entrüstung der Bürgerlichen beschlossen, 100 Kachelöfen in Volksschulen in eigener Regie setzen zu lassen. Dadurch hat der Rat 816 790 Mark an jedem Ofen gespart. Die Oefen, die der Unternehmer für 700 000 Mk. errichten wollte, konnte der Eigenbetrieb der Stadt für nur 885 209 Mark liefern. Es konnten durch den Eigenbetrieb den Steuerzahlern nicht weniger als 45 Prozent gespart werden. (Zur Nachahmung empfohlen.)

Siebentausend Blitze in fünf Stunden. Der meteorologische Mitarbeiter des „Manchester Guardian" teilt auf Grund seiner Beobachtungen mit, daß er während des ungewöhnlich starken Gewitters, das sich dieser Tage über London entlud, in der Zeit von 11 Uhr nachts bis 4 Uhr morgens mit Hilfe eines besonders feinfühligen Registrierapparates 7000 elektrische Entladungen gezählt habe, mit einem Durchschnitt von 19 Blitzen und der Höchstzahl von 47 in der Minute, während bei den in der letzten Zeit beobachteten Gewittern die durchschnittliche Zahl nur 12 Blitze in der Minute betrug.

Rheuma, Gicht und Reißen verschwinden durch Einnehmen weniger Togal-Tabletten. Sie scheiden die Harnsäure aus und gehen daher direkt zur Wurzel des Uebels. Aerztlich nur lobend begutachtet! Ein Versuch liegt im eigensten Interesse. In allen Apotheken. Best. 64,3 % Acid. acet. salic., 0406 % Chinin. 12,6 % Lithium ad 100 Amylum.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verordnung betreffend Brotpreis.

§ 1.

In Abänderung der Verordnung vom 3. August 1923 wird für das auf Marken abzugebende Brot ein Höchstpreis von 40000 Mk. für das Kilo festgesetzt.

§ 2.

Diese Verordnung tritt am 9. August 1923 in Kraft.

Danzig, den 8. August 1923. (10424

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Verordnung über den Verkehr mit Milch und Butter.

Auf Grund des Gesetzes über die Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung vom 17. Dezember 1914, ergänzt durch Verordnung vom 23. September 1915, 23. März 1916 und durch die Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (R.G.Bl. 1914 S. 239, 516; 1915 S. 603; 1916 S. 183, 1918 S. 395) sowie unter Aufhebung der Verordnung über den Verkehr mit Milch und Butter vom 31. Juli 1923 wird folgendes verordnet:

§ 1.

Für Vollmilch wird der Höchstpreis im Kleinverkauf für Danzig, Zoppot pp. auf Mk. 28 000 für das Liter festgesetzt. Für Tiegenhof, Neuteich und das platte Land wird der Kleinverkaufspreis auf Mk. 22 000 und für Praust auf Mk. 25 000 für das Liter festgesetzt. Der Höchstpreis für das Liter Milch für den Kuhhalter wird auf Mk. 17 500, für Molkereien, Käsereien oder Kuhhalter ab Station zum Kleinverkauf in der Stadt auf Mk. 20 000, für den Kuhhalter, von dem die Milch per Achse von Danzig aus abgeholt wird, auf Mk. 18 500 festgesetzt. Erfolgt die Abholung der Milch durch den Großhandel aus Orten, die 10 km und weniger von Danzig entfernt sind, so ist der Kuhhalter berechtigt, Mk. 21 000 für das Liter zu nehmen.

Für Kuhhalter, die frei Verkaufsstelle Danzig liefern, wird der Preis auf Mk. 25 200 für das Liter festgesetzt. Die Abgabe durch den Großhandel an den Kleinhandel hat zum Preise von Mk. 27 200 für das Liter zu erfolgen.

§ 2.

Für Butter werden folgende Höchstpreise festgesetzt:

a) für 1 Pfund Butter beim Erzeuger 280 000 Mk.
b) für 1 Pfund Butter im Kleinhandel 300 000 Mk.

§ 3.

Zuwiderhandlungen werden nach den Bestimmungen der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (R. G. Bl. S. 395) bestraft.

§ 4.

Diese Verordnung tritt am 9. August 1923 in Kraft.

Danzig, den 7. August 1923. (10423

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Kurhaus Zoppot, roter Saal
Sonnabend, den 11. August:
Abschieds- und Ehrenabend
Meri Bran
unter Mitwirkung
A. Awertschenko, R. Raltsch, M. Tschernoff, A. Wertinski, A. Werner.
Künstler vom Moskauer Kammertheater
A. Koonen, N. Nikitina, N. Zeretelli, A. Rumneff, und das Ensemble der Irembar.
Tischbestellungen: Nordstraße 7, II, abends Irembar, Zoppot.
10422)

Gedania-Theater
Schüsseldamm 53/55 10403
Achtung! Heute! 2 Erstaufführungen
„Der Wirbelwind"
Gewaltiger amerikanischer Sensations-Film
5 Teile zu je 6 Akten
III. Episode: „Zwischen Himmel und Erde"
6 große äußerst spannende u. sensationelle Akte
In den Hauptrollen: Edith Thornton, Charles Hutchison (Robert Darrel) dessen tolle Motorradfahrten ihm den Beinamen „Der Wirbelwind" eingetragen haben.
Ferner:
Luftschlösser, der Roman eines Ladenmädels
Schauspiel in 5 inhaltsreichen Akten.
Hauptdarstellerin: May Allison.
Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

Welt und Wissen
Heft 5, 6 u. 7 erschienen
Buchhandlung „Volkswacht"
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32

Kleine Anzeigen
in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Zahn-Kranke
werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen an einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte, Goldkronen usw. unt. voller Garantie. Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung. (10356
Institut für Zahnleidende **Pfefferstadt 71** Durchgeh. Sprechzeit v. 8–7 Uhr

Eingang nur Pfefferstadt 5, I. Etg.
Rein deutsches, reelles Unternehmen.
Achtung! Es ist meine Pflicht, diese Woche durch dringenden Bedarf und hohen Abschluß Achtung!
hohe Preise zu zahlen!
Brillanten sehr hohe Liebhaber-Preise.
Zahngebisse erreichen Werte bis zu 20 Millionen Mark.
Kein Zahn unt. 200000 Mk., auch gebroch.
Platin, Gold-, und Silberbruch, Uhren, Ketten, Ringe, Kontakte, Brennstifte, Schmucksachen und Double
zahle ich weit über Tageskurs und überbiete jede Konkurrenz
Eingang nur
5 Pfefferstadt 5, I. Etg.
1 Minute vom Bahnhof.
en gros. S. Papier. en detail.
Streng reelle Preise
Bitte ausschneiden, um die Hausnummer nicht zu verwechseln.

Stempel- & Schilderfabr. Hering Holzmarktgasse 6, 1. 10351

Zusammenklappbarer **Kindersportwagen** zu verkaufen. Anfragen unt. E. 1628 an die Exped. der Volksstimme. (†

Gute **Abbruchziegelsteine** verkauft Burkowski, Hagelsberg, am russischen Grab. (†

Kreisschere, kl. Sickenmaschine, Drückbank ges. Angebote mit Preis unt. V. 1639 an die Exped. d. Volksstimme. (10405

Spiralfedermatratze im Holzrahm., gut erhalt., zu kaufen gesucht. Angeb. unt. V. 1643 an d. Exped. der Volksstimme. (†

Ein gut erhaltener **Dam.-Wintermant.** zu kaufen gesucht. Offert. unt. E. 1632 an d. Exped. der Volksstimme. (†

10 Mäher in lohnende Akkordarbeit stellt sofort ein (10420 Drewock, Tralau bei Neuteich.

Ein ält. selbständ. Dreher bei hohem Lohn, jüng. Arbeitsbursche u. Lehrlinge gesucht. (10402 A. Kretschmar, Metallgießerei, Hl. Geistg. 122.

Gürtler od. Klempner aus der Lampenindustrie, **Kunstschmiede** gesucht. Angeb. m. kurz. Angabe d. bish. Tätigkeit unt. V. 1638 an die Exped. der Volksstimme. (10407

Laufbursche möglichst sof. gesucht. (10401 Pomm. landw. Hauptgen. Kassub. Markt 20.

Jg. saub. Mädchen für leichte Hausarbeit gesucht. Vorstellung zwischen 5–6 Uhr. († Krause, Stadtgrab. 15, I.

Anfängerin (Schreibmaschine) sucht Stellung. Angeb. unter E 1624 a. d. Expedition der Volksstimme. (†

Möbliertes Zimmer an Herrn von sofort zu vermiet. O.J. u. V. 1642 an d. Exp. d. Volksstimme. (†

Möbl. Zimmer von sofort zu vermieten. Anfrag. unt. E. 1631 an d. Exp. d. Volksstimme. (†

Zimmer im Zentrum, für Büro u. Lager gesucht. Angebote unt. E. 1629. an d. Exped. der Volksstimme. (†

Möbliert. Zimmer von Buchhalterin, mögl. sofort gesucht. Angebote unt. V. 1636. an die Exped. der Volksstimme. (†

Sauberes **einfaches Zimmer** von sofort gesucht. Angeb. unt. E. 1627 an die Exped. der Volksstimme. (†

Möbliertes Zimmer an Herrn zu vermiet. Anfr. unt. E. 1630 an d. Exped. der Volksstimme. (†

Kl. Zimmer leer oder möbliert, gesucht. Angeb. unt. V. 1640 an d. Exped. der Volksstimme. (†

Zwei berufstätige Damen suchen ab 1. 9.
möbl. Zimmer
Angebote unt. V. 1641 and. Exped. d. Volksstimme. (†

Kleiner Laden nähe Breitgasse, gesucht. Angeb. unt. E. 1633 an die Exp. d. Volksstimme. (†

Suche zum 15. August kleines, freundlich **möbl. Zimmer** Angeb. unt. E. 1623 an d. Exped. d. Volksstimme. (†

Möblierte Zimmer, möbl. Wohnungen, Büro- u. Lagerräume Geschäftsläden sucht Priv.-Wohn.-Nachweis Mailon, Pfefferstadt 5. Für Vermieter kostenlos. Tel. 7068. 10355

Hersteller: 10345 Urbin-Werke, G.m.b.H., Danzig, am Troyl. Fernspr. 5305.

Aus aller Welt.

Wie durch ein Wunder gerettet sind die acht Beamten des Bahnpostamts 18 in Hannover, die in dem Bahnpostwagen des verunglückten D-Zuges bei Kreiensen dienstlich tätig waren. Der Bahnpostwagen lief vor dem Packwagen unmittelbar hinter der Lokomotive. Durch den furchtbaren Zusammenstoß wurde das Dach des Packwagens in den Bahnpostwagen völlig hineingeschoben und zertrümmerte alles, was ihm entgegenstand. Die Beamten wurden zur Erde geschleudert und blieben zum Teil hemmungslos liegen. Dem Umstande, daß die Beamten zu Boden geworfen wurden, verdanken sie ihr Leben, sonst wären sie durch das Dach des Packwagens erfaßt und zerquetscht worden. Zwei Beamten haben leichtere Verletzungen am Kopf, ein anderer an der Schulter davongetragen, alle haben mehr oder weniger schwere Nervenerschütterungen erlitten.

Die dritte Durchschwimmung des Aermelkanals. Zum drittenmal ist es einem Schwimmer gelungen, den Aermelkanal zu durchqueren. Der amerikanische Schwimmer Sullivan schwamm am Sonntag, abends 8 Uhr 22 Minuten, in der Gegend von Dover ab. Er kam Montag abend gegen 8,45 Uhr in Calais an. Er hat also 27 Stunden und 23 Minuten ununterbrochenen Schwimmens gebraucht, um die Meeresstraße zwischen England und Frankreich zu durchqueren. Sullivan wurde von den Strömungen des Aermelkanals mehrfach abgetrieben und mußte die Richtung ändern. Zahlreiche Schiffe begleiteten ihn. Vor dem Kurhause in Calais wurde der Schwimmer von einer ungeheuren Menschenmenge erwartet. Er war vollkommen entkräftet, konnte kaum durch einige unartikulierte Laute auf die Fragen antworten, die man ihm stellte. Seine Zunge war wie gelähmt. Sullivan wurde nach einem kleinen Imbiß von einer tiefen Schlafsucht befallen.

Antifaszistentag mit Tanz. Unser Plauener Bruderblatt weist auf das merkwürdige Programm hin, das die Kommunisten für ihren Antifaszistentag in Bad Elster aufgestellt haben. „Bearüßung der ankommenden Teilnehmer am Bahnhof durch den Arbeiter-Gesangverein Bad Elster, um 11 Uhr Marsch durch den Ort, 12 Uhr Massenkundgebung auf dem Badeplatze, 2½ Uhr an der Waldquelle Arbeiter-Waldfest, bestehend in Konzert, Gesang, turnerischen Vorführungen, Kinderbelustigungen, abends Tanz im Kursaal." Und dieses Kaiserleitheater nennt sich Antifaszistentag! Kein Wunder, daß sich die ernste Arbeiterschaft von einem derartigen Rummel abwendet!

Bären in der östlichen Tschechoslowakei. Eine Prager Zeitung meldet aus Marmaros Sziget: Vor einigen Tagen ging eine Witwe Sevelka mit ihren zwei Kindern ihren Sohn suchen, der auf der Gebirgsalpe Vieh weidete. Sie nahmen nur langstielige Holzhacken als Waffen mit, wie es in dieser Gegend üblich ist. In einer Höhe von ungefähr 1200 Meter rastete die Frau, während die zwei Kinder, Mädchen von neun und zehn Jahren, im Walde Schwarzbeeren suchten. Plötzlich vernahmen die Kinder Stimme der Mutter, und als sie sich der Richtung näherten, sahen sie ein furchtbares Schauspiel. Die Mutter kämpfte mit einem großen Bären. Als die Mutter die Kinder sah, rief sie ihnen zu, sie möchten auf einen Baum klettern. Von dier aus bemerkten die Mädchen, wie ihre Mutter, von Kräften verlassen, von der Bestie zerfleischt wurde. Erst am nächsten Tage getrauten sich die Kinder von dem Baum herabzusteigen und in das Tal zu laufen. Einer mit Gewehren ausgerüsteten Expedition gelang es, am zweiten Tage zwei große Bären zu erlegen.

Die Fliege als Kassiererkontrolle. Aus Orschowa, einem weltverlorenen Städtchen an der Donau (früher ungarisch, jetzt rumänisch) wird berichtet in welch origineller Art die Mitglieder einer Zigeunerkapelle sich sichern, daß ihr Geldeinsammler von dem Geld, was ihm die kunstbegeisterten Landbewohner auf seinen Teller spenden, nichts in die eigene Tasche verschwinden läßt. Diesem Vertrauensmann wird eine lebende Fliege in die eine Hand mit auf den Weg gegeben, in der anderen hält er den Teller, und Argusblicke verfolgen sein Tun vom Podium aus — er ist an beiden Händen gefesselt und ein Entwenden des Geldes ist ganz unmöglich. Ein etwas umständliches Verfahren, aber unter Zigeunern zweckdienlich, wenn nicht gar notwendig.

Der gereizte Tiger. In Frankfurt besuchte ein Schwerkriegsbeschädigter den Zoologischen Garten. Er hielt sich längere Zeit vor dem Tigerkäfig auf und steckte seine Hand in den Käfig. Da schlug der eine Tiger mit der Tatze zu. Der Schlag war so heftig, daß die Krallen durch den Unterarm hindurchgingen. Fast das ganze Fleisch wurde dem Manne, der bereits ein Holzbein besitzt, vom Unterarm gerissen. In schwerverletztem Zustande mußte er nach dem Krankenhause gebracht werden.

Verantwortlich: für Politik i. V. Fritz Weber, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil i. V. Franz Adomat, für Inserate Anton Fooken, sämtlich in Danzig. Druck u. Verlag von J. Gehl & Co., Danzig.

FÜHRENDE HÄUSER DES DANZIGER GROSSHANDELS UND DER INDUSTRIE

Danziger Brotfabrik G. m. b. H.
Rittergasse Nr. 7—8
Brotfabrikation und Feinbäckerei

Lebensmittel-Großhandlung
S. Wreszynski & Co.
Aktien-Gesellschaft
DANZIG
Töpfergasse 32
Tel. 1356, 5138, 447, 469, 1308, 5973
Telegramm-Adresse: „VILDOLF"

GEORG APRECK
Aktiengesellschaft
gegründet 1898
Holzexport, Dampfsägewerk
Danzig, Brotbänkengasse 20 = Telephon 309
Schnittholz, Stangen, Rundholz, Schalbretter

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Musterschutz! Ohne Gewähr!
(K) II. Danziger Vorortverkehr.
(Danzig—Langfuhr—Zoppot)
Danzig Hbf. – Zoppot: 12⁰⁰, 12⁰⁰, 1⁰⁰, 4⁰⁰W, 5¹⁰, 5⁵⁰W, 5⁵⁵, 6⁰⁰, 6⁴⁰W, 5⁰⁰W, 7⁰⁰W, 7⁴⁰, 8⁰⁰W, 8¹⁰, 9⁰⁰W, 9⁰⁰, 10⁰⁰, 10⁵⁰, 11⁰⁰, 11⁵⁰, 12¹⁰, 12⁵⁰, 1⁰⁰, 1⁵⁰, 2⁰⁰S, 2⁴⁰, 3⁰⁰, 3⁰⁰S, 3⁴⁰, 3⁵⁰, 4⁰⁰, 4⁰⁰S, 4⁴⁰, 5¹⁰, 5⁴⁰, 5⁵⁰S, 6⁰⁰, 6⁴⁰, 6⁴⁰, 7⁰⁰, 7⁵⁰S, 7⁵⁰, 8⁰⁰, 8⁴⁰, 8⁵⁰S, 9⁰⁰, 9⁴⁰, 10⁰⁰, 10⁰⁰S, 10⁵⁰, 11⁰⁰, 11⁵⁰
Zoppot – Danzig Hbf.: 12⁰⁰, 1⁰⁰, 3⁰⁰, 4⁰⁰, 5⁰⁰W, 5⁵⁰, 6¹⁰W, 6⁴⁰, 6⁵⁰, 7⁰⁰W, 7⁴⁰W, 8⁰⁰W, 8⁴⁰, 9⁰⁰W, 9⁴⁰, 10⁰⁰W, 10⁴⁰, 11⁰⁰, 11⁴⁰, 12⁰⁰, 1⁰⁰, 1⁵⁰, 2⁰⁰, 2⁴⁰S, 2⁴⁰, 3¹⁰, 3⁴⁰, 4⁰⁰S, 4¹⁰, 4⁴⁰, 4⁵⁰, 5¹⁰S, 5⁴⁰, 5⁴⁰, 6¹⁰, 6⁵⁰, 6⁵⁰S, 7⁰⁰, 7⁵⁰, 7⁵⁰, 8⁵⁰S, 8⁵⁰, 9⁴⁰, 9⁴⁰S, 9⁵⁰, 10⁰⁰, 10⁴⁰, 10⁵⁰S, 11⁰⁰, 11⁵⁰
Pendelverkehr Danzig Hbf.—Langfuhr.
Danzig Hbf. ab 6⁴⁰, 7¹⁰, 7⁴⁰, 8⁴⁰, 12⁰⁰, 12⁴⁰, 1⁴⁰, 2⁰⁰, 3⁰⁰, 4⁰⁰, 5⁰⁰, 5⁴⁰, 7⁰⁰, 7⁵⁰, 8⁵⁰.
Langfuhr ab 6⁴⁰, 7⁰⁰, 8⁰⁰, 9¹⁰, 12¹⁰, 1⁰⁰, 1⁴⁰, 2⁴⁰, 3⁴⁰, 4¹⁰, 5¹⁰, 6¹⁰, 7⁰⁰, 8⁰⁰, 9¹⁰.

Danziger Maschinenwerke A.-G.
Melzergasse Nr. 4
Spezialabteilung:
Transportable Kachel- und eiserne Oefen mit Damag-Patent-Heizung
Brennstoffersparnis bis zu 70%
Kochherde

S. A. Hoch
Danzig, Jopengasse 29-30
Gegr. 1868 = Telefon 213
Alteisen • Metallhandlung

Surol der neue Essig

Propaganda-Drucksachen
liefert
J. Gehl & Co., Danzig
Am Spendhaus 6

Danzig-Gischkauer Mühlenwerke G. m. b. H.
Geschäftsstelle Danzig, Kl. Hosennähergasse 6
Fernsprecher der Geschäftsstelle: 6817, 6818, 6698
Fernsprecher der Mühlenwerke: PRAUST 62
An- und Verkauf von Mehl und Getreide

Konrad Kaempf & Co.
G. m. b. H.
Sack- u. Plan-Fabrik
Telephon 591, 1307
Tel.-Adr.: Jutekampf
Sackreparaturanstalt. Import und Export von Säcken aller Art
Großes Inland- und Transitlager in neuen und gebrauchten Säcken
Niederlassungen unter Firma „Konrad Kaempf" in Berlin-Stralau und Königsberg i. Pr.

E. & R. Leibrandt
DANZIG
Hopfengasse 101—102

Eisenhandlung
en gros—en détail
Werkzeuge :: Maschinen
Haus- und Küchen-Geräte

Götzen
Danziger Liköre
Branntwein
Weinbrand-Verschnitt

Danziger Textilwerke
Tel. 7047 AKTIENGESELLSCHAFT Tel. 7047
Danzig, Weidengasse 35/38
Gelernte Weberinnen für mechanische Stühle gesucht

Katzki & Co., Danzig
Fernspr. 1339 Jopengasse 4
Textil-, Kurz-, Weiß-, Wollwaren und Gardinen
EN GROS = EXPORT

Schürzenfabrik
S. Lewin
DANZIG
Heilige Geistgasse 14/16
Fabrikation von Schürzen und Hemden
Kommanditgesellschaft
S. Wolle-Berlin, Aue i. Erzgeb. i. Sachsen
Damen-, Tischtücher, Bettücher
Kellmann & Detsinyi-Berlin und Plauen i. Vogtland
Stickereien

Senf

Walter Kohn
Textilwaren-Großhandlung
DANZIG
Fernsprecher 3430 - Jopengasse 24

KNUD ARNBAK
Telephon Nr. 6863 DANZIG, HUNDEGASSE 22 Tel.-Adr.: Danarn
Import: Kolonialwaren, Lebensmittel, Spezialität: KAFFEE
Export: Sämereien, Hülsenfrüchte, Kartoffelmehl etc.
Ein ständiger Käufer von Rot- und Weißklee nebst anderen Sämereien. Bemusterte Offerten erbeten!